

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonntagen und Feiertagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 12 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Petitseite oder deren Raum 3,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 2,50 Mark, Reklamen 12,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.



Lübecker Volksbote

Nr. 36. Sonnabend, den 11. Februar 1922. 29. Jahrgang.

Die Beamtenstreikdebatte.

Deutscher Reichstag.

167. Sitzung.

Berlin, 10. Februar, mittags 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die

Besprechung der Erklärung der Reichsregierung.

Reichsverkehrsminister Groener: Ich habe niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß sich die Beamten meiner Verwaltung, wenn sie unbeschäftigt die Arbeit niederlegen, ein schweres Dienstvergehen zuschulden kommen lassen. (Zurufe: Und die Reichsverfassung?) Günstigerweise sind zehntausende von Beamten auf ihren Posten geblieben und haben bei der Durchführung des Notbetriebes Hervorragendes geleistet. Diesen ist die Technische Nothilfe in dankenswerter Weise tätig zur Seite gestanden. Ich danke auch den Arbeitern, die in richtiger gewerkschaftlicher Erkenntnis es abgelehnt haben, den Streik mitzumachen, die aber die Opfer an Leben und Gesundheit gebracht haben, die gestorben sind und gekübelt haben bei der Erfüllung der höchsten Bürgerpflicht im selbstlosen Dienst für ihre Mitmenschen. — Bei dem Arbeitszeitgesetzwurf handelt es sich durchaus nicht um ein sachlich ungerechtfertigtes Ausnahmegesetz gegen die Eisenbahnbeamten. Jeder Arbeiter muß täglich 8 Stunden arbeiten. Dasselbe gilt nach dem Reichslohngesetz für alle Arbeiter der Reichseisenbahnverwaltung. Im Reichseisenbahnbetriebe gibt es aber neben der direkten Arbeitszeit auch Bereitschaftsdienst und für das Lokomotiv- und Zugspersonal Zeiträume, wo sie auf fremden Stationen bis zur Rückkehr unbeschäftigt sich aufhalten müssen. Die Reichsgewerkschaft verlangt nun, daß diese Zeit reißlos als direkte Arbeitszeit gerechnet wird. Diese Berechnung würde dazu führen, daß das Personal in seiner Mehrheit täglich nur 5 bis 6 Stunden einschließlich des Vor- und Abschlusssdienstes wirkliche Arbeit zu leisten hätte. Der Entwurf des Arbeitszeitgesetzes beabsichtigt nichts anderes, als dies zu verhindern. Die Grundzüge des Achtstundentages werden in keiner Weise angetastet. Durch das Reichsverkehrsministerium oder eine ihm unterstellte Behörde sind keineswegs, wie es das Ultimatum der Reichsgewerkschaft behauptet, Anordnungen erlassen worden, durch die bereits jetzt eine Einschränkung des bisherigen Betriebes durchzuführen versucht werden würde. Es wird lediglich mit aller Entschiedenheit danach getrachtet, daß die bisher geltenden Vorschriften so durchgeführt werden, wie es nach ihrem Wortlaut und zur Hebung der wirtschaftlichen Leistungen der Eisenbahn unerlässlich notwendig ist. Notwendig war auch bei Ausbruch des Streiks die Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48 der Verfassung. Wie sie gewirkt hat, kann erst gesagt werden, wenn die Berichte der Eisenbahndirektionen über ihre Anwendung vorliegen. Die vom Reichsministerium herausgegebenen Richtlinien zur Durchführung der Disziplinarverfahren sind nur der selbstverständlichen Ausfüllung des Reichsbeamtengesetzes. Ich würde es mit meiner Verantwortung gegenüber dem Reichstag nicht vereinbaren können, schwere Dienstvergehen der Beamten nicht zu verfolgen. (Sehr richtig! rechts.) Man würde auch nicht eines lächerlichen Dienstvergehens schuldig machen. (Der Minister weist dann die Richtlinien für die Durchführung der Disziplinarverfahren.) Die Regierung verzögert auf Massenbestrafung in der Erkenntnis, daß die übergroße Mehrzahl der Beamten im Glauben an die Richtigkeit der Angaben der Führer in den Streik getreten ist. Ueber das Dienstvergehen kommen während der Streiklage gilt die Bestimmung des § 14 Abs. 3 des Dienstvergehensgesetzes. Nach diesen Richtlinien werden auch ich und meine Referenten unter Berücksichtigung der psychologischen Momente die Fälle behandeln. Wie notwendig ein entschuldigendes Vorgehen aus Anlaß des Beamtenstreiks ist, zeigen einige Einzelfälle. Bedauerlicherweise sind erhebliche Sabotageakte vorgekommen. (Hört, hört!) Es wurde auf im Dienst befindliche Beamte geschossen. Es wurden Handgranaten gelegt, Schienen auseinandergerissen und Teile herausgenommen, Hemmschuhe auf die Schienen gelegt, um Personenzüge zum Entgleisen zu bringen, Maschinenteile entwendet usw. (Lebhaftes Hört! Hört! rechts und in der Mitte.) Vor dem Erlass der Verordnung des Reichspräsidenten war ich durch die bisherigen Grundzüge gehindert, im eigentlichen Betriebsdienst die Technische Nothilfe einzusetzen. (Hört! Hört!) Sonst aber waren alle erforderlichen Vorbereitungen getroffen. In mehreren Bezirken hatte das Personal verstanden, einen Notbetrieb aufrechtzuerhalten. Es hat das Versprechen aber nicht gehalten. (Hört! Hört! rechts.) Auch haben einige Länder den Eintritt der Technischen Nothilfe nicht zugelassen. Dagegen konnte das volle Einsetzen der Technischen Nothilfe werden um wichtige Richtlinien für die Zukunft geben. Die Beamtenchaft muß sich künftig einmütig mit den Staaten zusammenfinden, nur dann kann die Reichsbahn wieder zu der alten Höhe gebracht werden.

Mit der Besprechung verbunden wird die Aussprache über die beiden folgenden Anträge:
1. Unabhängiger Antrag: „Der Reichstag mißbilligt, daß eine Ausnahmeverordnung unter Verletzung der Reichsregierung gegen die streikenden Eisenbahnbeamten erlassen wurde, daß dadurch das Streikrecht der Beamten aufgehoben worden ist

und daß sie die Disziplinierung von streikenden Beamten vorzieht.“
2. Kommunistischer Antrag: Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen: 1. Etwaige beschlossene Streikgebühren sind sofort freizugeben. 2. Verhaftungen sind, soweit die Verhafteten sich noch nicht auf freiem Fuß befinden, sofort aufzuheben. 3. Die Reichsregierung wird ersucht, bei der Landesregierung dahin zu wirken, daß der Berliner Magistrat Maßnahmen aus Anlaß des Berliner Gemeinbedienstetenstreiks nicht vornimmt und vorgekommene Maßnahmen rückgängig macht. (Lachen rechts.)

Weis (SD.): Eines will ich vor allem betonen: Wir bedauern es, daß ein solches Loblied auf die Technische Nothilfe, wie es hier angestimmt wird, heute gesungen wird. Wir sehen die Technische Nothilfe als einen Faktor an, der kaum zur Beruhigung der Arbeitermassen beiträgt. Dieser Streik hat aber den Kampf der Gewerkschaften für die Beilegung der Technischen Nothilfe erschwert. Es ist hier von einer Beamtenrevolte gesprochen worden. Wir haben die Ueberzeugung, daß der Streik und seine Folgen rascher aus der Welt geschafft werden wären, wenn dieses Wort nicht gesprochen worden wäre. Ich nehme an, daß der Kanzler das Wort „Revolte“ dahin versteht, daß aus dem Streik leicht so etwas wie ein Aufstand hätte hervorgehen können. Der Streik war für Deutschland ein Unglück, nicht nur in materieller, auch in moralischer Hinsicht. Allein gerade infolge der ungeheuren Schäden ist es notwendig, die Ursachen der ganzen Bewegung kennen zu lernen, damit die Quellen, aus denen das Unglück fließt, verstopft werden. Die Besoldungsordnung muß nach sozialeren Gesichtspunkten durchgeführt werden als das bisher der Fall war. Grund zum Mißmut bei den unteren und mittleren Beamten hat bisher nur zuviel vorgelegen. Von den höheren Beamten gilt das Wort: „Der das Kreuz hat, segne sich.“ Die Art der Behandlung der Beamten war nicht richtig. Die Regierung muß die psychologischen Momente mehr beachten. Die Beamten hatten viel Grund zu Klage. Jedoch billigten wir nicht die Art des Kampfes der Reichsgewerkschaft. Die Sozialdemokraten sind selbstverständlich dafür, daß eine automatische Anpassung der Gehälter an die Kaufkraft des Geldes erfolgt. Wir sind gegen jeden Versuch, den Achtstundentag anzutasten. Ich freue mich, daß auch der Reichsverkehrsminister betonte, er wolle nicht an dem Achtstundentag rütteln. Was die Frage der Arbeitszeit, der Arbeitsbereitschaft und ähnliche Fragen betrifft, so ist sich die Arbeiterschaft darüber klar, daß eine Disziplinierung gemacht werden muß und daß die Wirtschaftlichkeit der Betriebe nicht leiden darf. Ich habe während des Streiks mit führenden Persönlichkeiten der Streikbewegung gesprochen. Auch diese Leute waren für unsere Gesichtspunkte durchaus zu haben. Der Streik selbst ist eine zweischneidige Waffe. Diese scharfe Waffe darf immer nur im äußersten Falle angewandt werden. Das Ziel des Streiks muß gemessen werden an den Opfern, die gebracht werden müssen, und jeder Streik muß die öffentliche Meinung auf der Seite der Arbeiter finden. Es ist und bleibt eine Tatsache, daß dieser Streik in der Bevölkerung und insbesondere bei den Arbeitern anders aufgenommen wurde als viele Leute annehmen. Auf den Zügen der Technischen Nothilfe, die von Friedrichshagen kamen, führen nicht nur Sozialdemokraten, sondern auch Kommunisten. (Große Heiterkeit.) Bei diesem Streik trat der Klassen Gegensatz in keiner Weise hervor. Die Wirkung des Streiks traf besonders merklich die Arbeiter. Auf der anderen Seite wollen wir aber trotz aller nüchternen Kritik, die wir an den Streikvorgängen üben, nicht vergessen, daß die Massen des Volkes unter den Nachwirkungen des Streiks sich in einer begreiflichen Erregung befinden. Gegen diese Erregung mit Gewaltmaßnahmen vorzugehen, wie es aus den Rechten gefordert wird, wäre sinnlos. Wir stehen in einem großen Umwälzungsprozess, dessen Ende wir mit Geduld abwarten müssen. Unser ganzes Volk ist radikalisiert, es handelt sich aber nicht um einen politischen, sondern um einen wirtschaftlichen Radikalismus, der sich im Lager der Rechten oft viel stärker äußert als auf der Linken. Die Rechte hat dem Streik gegenüber eine etwas merkwürdige Haltung eingenommen. Begreiflich, daß aus den Kreisen der Arbeiterschaft die Befürchtung aufstieg, gegenrevolutionäre Kräfte ständen hinter der Streikbewegung. Das deutschnationale Rezept ist ja bekannt. Es lautet: Je größer die Schwierigkeiten der Republik, desto größer die Bereitschaft der Reaktion.

Die Verordnung des Reichspräsidenten ist aufgehoben. Aber abgesehen von der jetzt so bequemen Kritik an dieser Verordnung, müssen wir sagen, daß diese Verordnung nutzlos war, ja, daß sie da und dort Sympathien für die Streikenden schuf, wo nüchtern und kritische Einstellung anfänglich die Köpfe beherrschte. Man hatte die Psyche der Streikenden falsch eingeschätzt. (Zuruf bei den Kom.: „Ebert ist doch Euer Mann!“) Gewiß ist er das. Ebert ist Sozialdemokrat. Aber als Reichspräsident ist er neutralisiert. Uebrigens denken Sie in diesem Augenblick auch ein

wenig an Lipinski. — Noch ein Wort zum Streikrecht der Beamten, ein äußerst schwieriges Problem. In diesem Punkte sind die deutschnationalen und die russische Sowjet-Regierung wieder einmal der gleichen Ansicht. Wir sind sicher, daß es einem russischen Eisenbahner, der einen andern zum Streik verleiten wollte, schlimm ergehen würde. (Unruhe bei den Kom. Zurufe: „In Deutschland bleiben!“) Na, und wie ist es in Deutschland? Hier zeigt sich, daß das ein Unterschied ist, ob eine Partei an der Regierung teilnimmt oder ob sie hemmungslos Kritik üben darf. Ich erinnere an die Verordnung vom 19. November 1918, die den Streik für lebensnotwendige Betriebe verbot, und gegen dieses Verbot hatte der Reichsoldatenrat durchaus nichts. Gestern hat der Reichskanzler auf die Stellung des unabhängigen Ministers Lipinski hingewiesen. Lipinski will bekanntlich von einem Beamtenstreikrecht nichts wissen, und der „Vorwärts“ bemerkte zu seinen Ausführungen: Er wolle nicht weitergehen als Lipinski. Wir sind sicher, in diesem Hause ist keine Partei, die den Beamten unter allen Umständen ein uneingeschränktes Streikrecht zubilligen wird. Einem solch uneingeschränktes Streikrecht ist noch von keiner Regierung zugestimmt worden. Uneingeschränktes Streikrecht ist gleichbedeutend mit unlöslichen Konflikten für jede Regierung. Für die Arbeiter handelt es sich um einen Kampf um Sein oder Nichtsein. Ganz anders ist die Lage bei den Beamten. Die wirtschaftliche Lage der Beamten ist viel sicherer als die der Arbeiter. Der Beamte riskiert bei einem Streik nichts, wenn der Staat nicht wie jeder Privatunternehmer das Aussperrungsrecht gebraucht. Hat der Staat Aussperrungsrecht, dann hat der Beamte kein uneingeschränktes Streikrecht. Beamtenprivilegien und uneingeschränktes Streikrecht sind unvereinbar. — Wenn wir nun betonen, daß den Beamten ein uneingeschränktes Streikrecht nicht zustehen kann, so müssen wir auf der anderen Seite doch gestehen, daß auch für die Beamten ein solches notwendiges Mittel übrig bleiben muß. (Unruhe und Aha-Rufe rechts.) Es ist uns bekannt, daß es im besetzten Gebiet Beamtenstreiks, ja sogar Arbeiterstreiks gegeben hat, die den Beifall der Rechten fanden. Jede Kreatur hat ein Recht auf Notwehr. Dieses letzte Notwehrrecht bleibt auch den Beamten. (Zurufe bei den Kom.: Kapp-Butsch!) Der Hinweis auf den Kapp-Butsch ist deplaciert. Damals, im März 1920, hat sich die Beamtenchaft gewiegert, sich unter die Herrschaft einiger Hausmänner zu stellen. Die Beamten blieben in ihrer Regierung treu. Damals handelte es sich nicht um einen Lohnkampf, sondern um Dinge, die mit dem augenblicklichen Fragenkomplex nichts zu tun haben. Die Nationalversammlung in Weimar hat den Beamten kein Streikrecht zuerkannt, das geht aus den Verhandlungsberichten der Ausschüsse klar und deutlich hervor.

Wir wollen nicht mehr zurück zum alten Beamtentum, das nach oben jervil war und nach unten brutal. Wir wollen ein neues Beamtentum, das dem neuen Staat mit neuen Rechten und neuen Pflichten gegenübersteht. Wir wollen nicht, daß jetzt nach dem Streik die oberen Behörden zu kleinlichen Sphären greifen. Die Richtlinien des Kabinetts müssen von jeder Sphäre frei sein. Keine Kasse und keine Gefälligkeits. Denn sonst hemmen wir den Heilungs- und Gesundungsprozess, wir hemmen sonst das Werk des Wiederaufbaues. Arbeit in Disziplin und Hingabe an das Allgemeinwohl, an den großen sozialistischen Gemeinschaftsgedanken! In diesem Gedanken allein kommen wir wieder vorwärts zu besseren Tagen. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Höfle (Z.): Der Streik ist ein Verbrechen am deutschen Volke. Ein Beamtenstreik ist unvereinbar mit dem Beamtenrecht. In Weimar hat der sozialdemokratische Reichstagesrat ausdrücklich erklärt, der Begriff des Koalitionsrechtes im Sinne der Reichsverfassung bedeute nicht mit dem des Vereinigungsrechtes der Beamten. Der Generalstreik wegen des Kapp-Butsches kann nicht zum Vergleich herangezogen werden. Die für den Streik Verantwortlichen müssen die Konsequenzen tragen. Wir sind daher nicht für den kommunistischen Antrag.

Verndt (MSP.): Herzergreifend waren die Hilferufe aus den Krankenhäusern. (Unruhe bei den Kommunisten und Zuruf: Reichen Sie Ihr freches Maul nicht so weit auf!) Ueberzogen hat uns die Stellung des Kanzlers zum Streikrecht der Beamten. Ein deutschnationaler hätte es nicht besser machen können. Herr Weis hat einen Gieranz ausgeführt. (Heiterkeit.) Die Zweideutigkeit der Sozialdemokratie hat viel zum Streikausbruch beigetragen. (Abg. Severing (SD.): Gegen die Entente würden Sie aber selbst streiken.) Streik gegen eine fremde Macht — das ist etwas anderes. Nach der Revolution haben sich die Sozialdemokraten geäußert, sie hätten den Beamten das Streikrecht verschafft. (Zurufe bei den SD.: Koalitionsrecht — nicht Streikrecht!) Der sozialdemokratische Abgeordnete Steinkopf hat in Satz 17 der „Sozialistischen Beamtenzeitung“ betont, daß die Beamtenchaft nach der Reichsverfassung das Streikrecht habe. (Sehr richtig! auf der äußersten Linken.) Wir haben im November zum Beamtenbefordungsplan 6 Punkte vorgelegt. Ihre Annahme hätte dem Streik vorgebeugt. (Zurufe bei den Soz.: Warum

Haben Sie dann unsere Anträge damals abgelehnt? Das Kom-
promiß, das den Streik beendet hat, bedeutet eine Niederlage der
Regierung.

Vizepräsident Dietrich ruft den Zwischenrufer — Reiffen
Sie für dieses Maul nicht so weit auf — zur Ordnung.
Schulz (DVP): In der Beschlusssache hätte die Re-
gierung schon schneller an die Revision herangehen müssen. (Zu-
rufe bei den Komm.: Sie wollen den oberen Beamten alles und
den unteren gar nichts geben.) Nein, wir fordern auch für die
unteren Beamten das Existenzminimum. Von einem Streikrecht
für die Beamten kann keine Rede sein. Auch für die Arbeiter gibt es
kein Streikrecht in vollem Umfange. (Lebhafte Widerspruch
links.) Das sogenannte Koalitionsrecht (Aha-Rufe links) und
ein unbeschränktes Streikrecht sind nicht identisch. Wir müssen
aufschreiben, daß der Kanzler mit der Reichsgewerkschaft ver-
handelt hat. Welche Forderungen haben den Eintrag der technischen
Ratshilfe verweigert? Richtig ist eine reichsgesetzliche Regelung des
Einflusses der technischen Ratshilfe. Ungehört ist es, daß die Ver-
folgung der Disziplinarverfahren dem zuständigen Minister ge-
nommen worden und auf das Gesamtkabinett übertragen ist,
dessen Zusammenlegung von den politischen Mehrheitsverhält-
nissen abhängt. Die Urteilsfällung wird dann von politischen
Gründen abhängen. Den Worten des Reichskanzlers gegen-
über könnten wir unser Vertrauensvotum aussprechen. Seine
Taten müssen wir auf das schärfste ablehnen.

Reichskanzler Dr. Wirth: Die Regierung hat sich nicht
verrechnet. Sie hat diesen Streik beendet, und das war ihr Ziel
bei den Verhandlungen. Ein Streik wie dieser mit seiner Ge-
fahr, sich zu einem allgemeinen Beamtenstreik auszuweiten, ist
in keinem Beamtenrecht irgendwelchen Staates bisher vorge-
sehen worden. (Zurufe bei den Komm.: Sehr gut!) Die Re-
gierung hat in keiner Beziehung irgendein Gesetz verlegt. Das
Reichskabinett wird sich nicht mit den einzelnen Disziplinarfällen
befassen. (Zurufe auf der äußersten Linken: Sie müssen doch
halten, was Sie versprochen haben. — Hört, hört! rechts.) Was
ich versprochen habe, halte ich auch. Wir müssen beim Streik
verschiedene Phasen unterscheiden. Zunächst die Verhandlungen
bis zum Streik und einige Tage nach dem Streikausbruch in den
Refforts, dem Finanzministerium und dem Verkehrsministerium.
Dann die Annahme des Streikes und sein Hinüberleiten in
politische Bahnen. Dieweil ist im Auftrage des Kabinetts
Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen geführt und mich
beobachtet nach dem gerichteten, was wir im Kabinett einstimmig
beschlossen hatten. Im Montag war bei diesen Verhandlungen auch
Herr Fein von der Reichsgewerkschaft anwesend. Er wies
sich mit einem besonderen Mandat von der Reichsgewerkschaft
aus. (Hört! Hört! rechts.) War das etwa ein Unglück? (Lärm
rechts; Zurufe links: Nein, durchaus nicht!) Sorgen Sie (nach
rechts) sich daran, daß es Ihnen Leute gegeben hat, die sich mit
Ihrer politischen Gesinnung so lange gegen alle Verhandlungen
geköhnt und geküßt haben, bis die Katastrophe da war. Wenn
man verhandeln will, muß man jemanden vor sich haben, der
mindestens ein Mandat der Streikenden in Händen hat. Bei
den Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen war außer-
dem auch der Beamtenbund vertreten. Es war klar, daß
auch ein Vertreter der Reichsgewerkschaft dabei sein mußte, selbst
aus dem Vorstand der Reichsgewerkschaft, ohne daß diese Ver-
treter in dem Streik eine aktive Rolle gespielt hätten. Unser
Vorgehen war richtig. Ich würde in einem so schweren Augen-
blick kaum wieder so handeln. Ich habe, ehe ich mit dem Be-
amtenbund in eine Verhandlung eintrat, vorher die Frage ge-
stellt: Wie stellen Sie sich zum Streik? Ich habe die Zusiche-
rung erhalten, daß der Vorstand des Beamtenbundes den Streik
militärisch. Bei den Verhandlungen mit den Spitzenorgani-
sationen — ich sage es offen — ging es so gemächlich, wie ein-
mal im Reichskabinett, als die Leute von rechts darin saßen.
(Eintretung rechts, Heiterkeit im Hause.) In zwei Sitzungen
wurde das Einverständnis festgestellt, damit war aber noch nicht
alles erledigt. Unsere politische Aufgabe war die
Beendigung des Streiks. Als Reichskanzler hatte ich
auf dieses Ziel hingearbeitet. Dieses Ziel kann man nicht er-
reichen, wenn man von vornherein erklärt: mit den Vertretern
der Reichsgewerkschaft will man nichts zu tun haben. (Lärm
rechts; Zurufe: Das haben Sie aber gesagt, Reich! links.) Es
muß Leute geben, die den Streik abbrechen, nachdem sie ihn
geschlagen haben. Es sind auch Vertreter von Herren an mich
gekommene, die nicht auf der linken Seite des Hauses saßen. (Hört,
hört! links.) Die Disziplinierungsfrage, die das Volk bis in die
Tiefe aufwühlte, kann nicht einem einzelnen Reichsminister
überlassen bleiben. Wenn Massen-Disziplinierungen da und dort
verköhnt werden, dann werden sie als Kanakel mit dem Verkehrs-
minister darüber sprechen. Wir wollen keine Politik der
Rache und der Vergeltung. (Lärm rechts, Hört, hört,
rechts; Reich! links.) Die Reichsregierung muß sich dafür ein-
setzen, daß nicht eine solche Politik von lokalen Behörden vor-
genommen wird. Sie (nach rechts), die Sie so kein entgegen-
stehendes Wort und Taten, sind ja alle bestrebt, daß wir aus
der Sache heraus sind. (Reich! und handelt sich auf den
Tribünen.) In meinen Kreisen der Beamten behandelt der Ge-
dank, daß die Beamten das Streikrecht hören. Die Regierung
hat diesen Vorschlag nicht angenommen. (Zurufe rechts: Kapu-
tisch!) Werden Sie sich an die damalige Regierung! Dieser
Streik soll für uns ein Mittel sein, um die Beamten von der tat-
sächlichen Rechtslage in Überzeugen. Seien mit uns doch darüber
klar. Dieser Beamtenstreik ist nicht vom Himmel gefallen, er ist
eben auch ein Teil des unpopulären Erregung, die durch unter-
drückte Hoff geht. Der Grund der Reparationen lagert auf uns
allen. Hat jemand vielleicht geglaubt, daß dieser Streik die
Lösen der Reparationsleistungen erschweren? Wir müssen sehen,
diese Dinge durch friedliche Mittel in Zukunft zu vermeiden.
kommen aber Schwierigkeiten, müssen wir leben, rechtlich aus
uns herauskommen. Es wurde die Frage des Bestehens
verschiedener Landesregierungen zur technischen Ratshilfe und ihrem
Einfluß berührt. Es erregt das Problem: Soll die Re-
gierung auch durch den einzelnen Beamten Ratshilfe machen?
Vielleicht erläutern Sie (nach rechts) einmal bei den
Mitgliedern der Sozialistischen Volkspartei. (Heiterkeit.)
Es mag da und dort gefällig haben, aber die Organisation
der technischen Ratshilfe für die Beamten ist nicht von heute auf
morgen herzustellen. Die Ausbildung der technischen Ratshilfe ist un-
geheuer schwer, besonders bei der Eisenbahn sind zahlreiche
Kommissionen notwendig. Ohne Kabinett läßt sich nichts machen.
Man denke nur daran, daß in Groß-Berlin große Werte ver-
loren wurden, um zu sehen, wie man unter den Beamten. (Lärm
rechts.) Von Paris wird mir schon Bescheid gegeben. Wenn
die internationalen Beziehungen nicht und anders verlaufen wer-
den und wir nicht in die Hände spielen, dann ist der Ausbruch der
technischen Ratshilfe durchaus einleuchtend. Es sind (nach links)
Vere Brüder, die am meisten gelitten haben. Wir müssen be-
wahren, daß Sie (nach links) niemals mehr Selbstehre haben.
Wenn man einen Arbeiter das Leben noch länger zu machen, als
es möglich ist.

Sittmann (USP): Die deutsche Rede des Reichskanzlers
müssen wir auf das Schärfste beurteilen. Wenn 88 Proz. der
Beamtenschaft in den Streik eingetreten sind, so kann diese Be-
wegung nicht durch Repressionen hervorgerufen worden sein, sondern
die elementare Lebensnotwendigkeit muß die Leute dazu gezwun-
gen haben. Die Generale der Reichsgewerkschaft hat sofort zur
Ruhe gerufen. Das Verhalten der Gewerkschaft hat dann den
Streik ins Werk gesetzt. Die Arbeiter bleiben weit unter dem
Existenzminimum von 2000 RM zurück. Die Maßnahmen, die
die Regierung bei Ausbruch des Streiks zur Behebung ihres
Verfalls erließ, sind durch den internationalen Gehörte in des
Gegenteil ungenügend worden. Überzeugung ist, daß man in eini-
gen Einzelheiten den Sozialisten wieder einräumt.
Speziell eine Kritik der Regierung. Mit allen Schönen ver-

sucht man den Achtstundentag zu sabotieren. Die Beamtenkräfte
sind eine leere Dekoration. Das Reichsverkehrsministerium bil-
deter, ein Beschwerderecht ist nicht vorhanden. Stinnes befehlt
die Befestigung des Achtstundentages, Groener führt sie aus. (Zu-
rufe rechts: Nein, die Entende!) Nein, die Profitsucht. Die Er-
regung der Eisenbahner war gerechtfertigt und wenn die Be-
wegung zum Streik ausartete, so ist das nicht die Schuld der
Reichsgewerkschaft, sondern die des Herrn Groener. Der Artikel
139 der Reichsverfassung kennzeichnet die Verordnung des Reichs-
präsidenten als rechtsmäßig. Zum Koalitionsrecht gehört auch
das Streikrecht. Der Minister Dörmann hat sich nicht allgemein
gegen das Streikrecht gewandt, sondern nur gegen das Streikrecht
reaktionärer Beamten. Die Beschlagnahme der Streikliste
und die Verordnung des Reichspräsidenten sind Gewalttaten. Be-
dauerlicherweise haben die freien Gewerkschaften nicht ihre ganze
Kraft gegen die Verordnung des Reichspräsidenten gewandt.
Groener hatte durch Rücktrittsandrohung diese Verordnung er-
precht. Der Streik hätte schon am ersten Tage beigelegt werden
können, wenn es Herrn Groeners trüglicher Herrenstandpunkt zu-
gelassen hätte. Er ist eben auch heute noch General und ein
General kann eine Verkehrsorganisation nicht leiten. Je eher
Herr Groener verschwindet, desto besser für die Eisenbahner und
für das deutsche Volk. Schon jetzt werden Massenentlassungen
vorgesehen. Wie verhält sich das zu der Erklärung des Reichs-
kanzlers, der doch mit seiner persönlichen Ehre eintreten wollte,
daß das unterbleibt? Der Reichskanzler muß kein Versprechen
einlösen. (Zurufe links: Herr Groener laßt!) Wenn Herr Groener
läßt, dann muß ich kein Wort umkehren: Ein Hundstot, wer
einen Eisenbahner mahrenst! (Großer Lärm; Zurufe rechts:
Zur Ordnung! Großer Lärm auf der äußersten Linken. Vize-
präsident Dietrich bittet, die Plätze einzunehmen. Kommunisten
und Unabhängige kehren an ihre Plätze zurück, bleiben aber
stehen. Die Abgeordneten der Reichsparteien verlangen stummlich:
Sinnlos! Erneuter Lärm. Der Vizepräsident schließt die
Sitzung.)

Weiterberatung: Sonnabend 1 Uhr. — Schluß 7 Uhr.

Die deutschen Zahlungen für 1922.

Paris, 11. Februar.
Dem „Temps“ zufolge bezerrn die Verhandlungen über die
Branntweinsteuer der deutschen Note beim Wiedergutmachungsaus-
schuß fort. Das Blatt glaubt es als wahrscheinlich bezeichnen zu
können, daß die Verbündeten den Wiedergutmachungsaus-
schuß mit der Entscheidung über die deutschen Zahlungen für das Jahr
1922 betrauen werden und der verbündeten Regierungen nur die
Verteilung der von Deutschland gezahlten Summen vorbehalten
bleibt. Einige Mächte bestehen aber darauf, daß im Wiedergut-
machungsaus-
schuß die Verteilungsfrage auf Grund der Beschlüsse
von Cannes geregelt wird. Es handelt sich dabei bekanntlich in
erster Linie um die Ansprüche, die Belgien kraft seines Priori-
tätsrechtes erhebt.

Amerikas Mißtrauen zur Genua-Konferenz.

Der Finanzkorrespondent der „Times“ in Newyork mel-
det: In gut unterrichteten Kreisen verlautet, daß der Be-
schluß der amerikanischen Regierung, betreffend Teilnahme
an der Konferenz in Genua, der nach der Kabinettsitzung
am Freitag mitgeteilt werden würde, nur ein vorläufiger
Beschluß sei und durch die Weiterentwicklung in Paris eine
Veränderung erfahren könnte. Es werde jedoch angenommen,
daß die amerikanische Regierung in keinem Falle sich zur
vollen Teilnahme verstehen würde. Wall Street sei für die
Vertretung der Vereinigten Staaten durch einen Beobachter.
Unverändert bestehe jedoch die Ansicht fort, daß die Ver-
einigten Staaten auf keine Finanzkonferenz gehen wollen,
bevor die Reparationsfrage von den direkt beteiligten Na-
tionen geregelt, und wenn möglich, ein gewisses Maß von
Abklärung beschlossen worden sei. Die Vereinigten Staaten
seien bereit, selbst eine Finanzkonferenz einzuberufen, sobald
der Weg zur Regelung der rein europäischen Probleme für
die europäischen Nationen frei sei. Amerikanische finanzielle
Zylinder, die einsehen, daß die Rückkehr der amerikanischen
Wohlfahrt von der Wiederherstellung der Produktionskraft
Europas abhängig, erklären, daß nur Zeit verloren, statt
gewonnen würde, wenn man die Symptome anstatt die Ur-
sachen des Niederganges der europäischen Wirtschaft be-
handelt und daß die Konferenz in Genua, auf der die Re-
parationsfrage ausgelassen werden sollte, notwendig miß-
lingen müsse, es sei denn, daß der fast undenkbare Fall ein-
trete, daß die Gläubiger Deutschlands vor der Konferenz zu
einem befriedigenden Uebereinkommen gelangen sollten. —
„New York Herald“ meldet aus Washington: Harding werde
morgen die Antwort auf die Einladung zur Konferenz in
Genua nach Rom abgehen lassen. Sie werde nachmittags
veröffentlicht. Man glaube zu wissen, daß der Präsident in
der Antwort, abgleich er augenblicklich nicht in der Lage sei,
die Einladung anzunehmen, sich mit den allgemeinen Zielen
der Konferenz einverstanden erklären wird und das Ver-
sprechen abgeben werde, Amerika werde sein Bestes tun, um
an der wirtschaftlichen Wiederaufrichtung der Welt mit-
zuarbeiten. Harding werde die Lage so darstellen, wie sie
nach Ansicht der amerikanischen Regierung sein müsse, und es
dann Europa überlassen, seine eigenen Folgerungen zu
ziehen.

Oesterreichs Sanierung.

Ueber die Kreditansichten Oesterreichs schreibt die „Wiener
Arbeiterzeitung“: Inzwischen wird es nun mit dem Kredit
erst. Das Ziel unserer Finanzpolitik muß die Stabilisierung
des Geldwertes sein. Das technische Mittel hierzu ist die Er-
richtung einer Notenbank, die einen Goldschatz von beinahe
200 Millionen Franken erfordern würde. Mit der Errichtung
der Notenbank allein wäre noch nichts getan. Die Noten
würden erst dann nicht wieder entwertet werden, wenn die
Bank dem Staat keine Noten mehr zur Deckung seines
Defizits zur Verfügung stellen dürfte. Dem Staat würde also
gleichzeitig mit der Errichtung einer Notenbank eine Auslands-
anleihe erwirkt werden. Diese Auslandsanleihe dürfte minde-
stens 200 Millionen Franken betragen. Zur Stabilisierung des
Geldwertes wären demnach insgesamt 400 Millionen Goldranken
erforderlich. Die „Arbeiterzeitung“ bemerkt zum Schluß, es
ist notwendig, daß der Nationalrat die ganze Kreditaktion in
eine Kommission nehme, weil die verschiedenen Kreise der Be-
völkerung verschiedene Interessen haben. Insbesondere dürfte
die Arbeiterklasse nicht dadurch gefährdet werden, daß der Gold-
wert bei zu hohem Kurse herabgesetzt werde, wodurch Arbeits-
losigkeit und Lebensnotstände hervorgerufen würden.

Zum Ende des Eisenbahnerstreiks

Wie vom Reichsverkehrsministerium mitgeteilt wird, kann
der Streik der Eisenbahner als beendet angesehen werden.
Sowohl die Beamten als auch die Arbeiter sind vollständig zum
Dienst erschienen. Nur in Naumburg streiken auf dem Bahnhof
und auf der Betriebswerkmeisterei noch 160 Beamte. Sie ver-
anlassen Demonstrationen mit Frauen und Kindern, um die
Zurücknahme einzelner Maßregelungen zu erzwingen.

Berlin, 10. Februar.

Seit heute werden auf der Stadt- und Ringbahn und den
anschließenden Vorortstrecken wieder 50 % normale Zugzahlen
gefahren. Auf der Wannesebahn und der elektrischen Vorort-
bahn nach Lichterfelde-Alt und auf der Sossener Strecke
wird der normale Verkehr seit heute im allgemeinen wieder
durchgeführt. Der Fernverkehr wurde auf allen Strecken mit
einer nach manchen Richtungen erheblich vermehrten Zahl von
Zügen wieder aufgenommen, besonders nach Dispreußen, Bres-
lau, Münden, Hannover, Köln und Stettin.

In den Verhandlungen, die zum Abschluß des Eisenbahner-
streiks führten, erklärte der Reichskanzler mehrfach, wie auch
jetzt wieder im Reichstage, daß die Maßregelungen nur in
bedrücktem Umfang erfolgen sollten. Auch in den späteren
Besprechungen zwischen Reichsregierung und Reichsgewerkschaft
wurde erklärt, daß die Maßregelungen sich hauptsächlich nur
auf die beiden maßgebenden Vorstandsmitglieder der Reichs-
gewerkschaft, Meune und Scharfshwerdt, beschränken sollten.
Trotz dieser Erklärungen und trotz der Rücksichten,
die von der Reichsregierung an die Eisenbahndirektions-
bezirke gefandt wurden, finden Maßregelungen in großem
Umfange statt. Die Bureaucratie schaltet und waltet nach
Gutdünken und legt die Rücksichten der Reichsregierung
nach ihrem Gutdünken aus. Dieses eigenmächtige Vorgehen
hat in verschiedenen Direktionsbezirken große Erregung hervor-
gerufen. Vorerst ist nicht abzusehen, welche Auswirkung die
neue Erregung haben wird. Schon laufen Einzelmeldungen
über sich neu bildende Streiks ein. Jedenfalls müssen wir die
Regierung beim Wort nehmen und verlangen, daß sie ihre
Versprechungen nachkommt und nicht der Bureaucratismus, wie
es bisher geschah, volle freie Hand hat. Die Zeit ist zu ernst,
als daß Deutschlands Wirtschaftslage neue Erschütterungen ver-
tragen könnte. Nicht Rachepolitik, sondern Politik der Ver-
nunft fordern wir.

Die Steuerberatungen.

S. P. D. Berlin, 10. Februar.

Die Steuerberatungen der Regierungsparteien mit der
Demokraten und der Volkspartei haben kein absehbares
Ergebnis gehabt. Die Verhandlungen waren vertraulich. Trotz-
dem berichten die Blätter, die „Zeit“, das parteiunabhängige Organ
der Deutschen Volkspartei teilt u. a. folgendes mit:

„Es bleibt dabei, daß die Arbeit in den Steueranschlüssen
unter sachlicher Mitarbeit der Deutschen Volkspartei weitergeht,
daß aber die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei sich
für die Schlussabstimmung im Plenum freie Hand behält und
ihre Entscheidung von den Sicherheiten abhängig macht, die für
eine sachgemäße Verwendung der Steuerbeträge geboten werden.
Die Koalitionsfrage steht mit diesen Erörterungen über das
Steuerkompromiß nicht mehr im Zusammenhang, da sie nach
der ganzen Haltung des Herrn Dr. Wirth und der sozialdemo-
kratischen Reichstagsfraktion fürs erste wohl als erledigt gelten
kann.“

Diese parteiunabhängige Meldung zeigt, daß alle Angaben der
volksparteilichen Presse in bezug auf den Rücktritt vom Steuer-
kompromiß hinfällig geworden sind, und das man sich wie so
oft inigmäßig die Dinge anders überlegt hat. Die Feststellungen
in der „Zeit“ über die Koalitionsfrage entsprechen nach unseren
Informationen nicht der Wahrheit und es scheint, daß die
Volkspartei in dieser Frage absichtlich mit der Unwahrheit ha-
ndelt. Soweit wir unterrichtet sind, hat die Deutsche
Volkspartei neuerdings wieder große Sehnsucht nach Minister-
stellen und trägt sich mit der Absicht, das Problem der großen
Koalition im Laufe der nächsten Woche aufzulösen. Angeht
dessen müssen wir doch fragen, warum dieser Schwandel der
„Zeit“?

Die Entscheidung über das Fortbestehen des Reichshausministeriums.

S. P. D. Berlin, 10. Februar.

Im Reichstagsauschuß für den Reichshaushalt wurde am
Freitag die Aussprache über die Tätigkeit des Reichshaus-
ministeriums fortgesetzt. Unsere Genossen Hoch und Stücken
traten entschieden dafür ein, daß in diesem Ministerium, wie
in den anderen auch, alle überflüssigen Ausgaben beseitigt
werden, daß damit aber nicht bei den unteren Beamten und
Angestellten, sondern bei den oberen Stellen begonnen wird.
Sie regten eine Reihe von Streichungen an. Mit der Ver-
schiebung der Stellen aus einem Ministerium in ein anderes,
ist nichts erreicht, wenn nicht damit Vereinfachungen und sonstige
Verbesserungen verbunden sind. Aus diesen Gründen lehnten
die Genossen es ab, zu einem jetzt schon zu bestimmenden Tage
die Ueberführung der Geschäfte des Reichshausministeriums auf
ein anderes Ministerium vorzuschreiben, erüchten aber das Mini-
sterium, die hierfür in Betracht kommenden Fragen ernsthaft zu
prüfen, und die darüber verlangte Denkschrift möglichst bald
vorzulegen. Minister Gen. Bauer berief sich darauf, daß bereits
in allen Ministerien die Zahl der Beamten und Angestellten
bedeutlich herabgesetzt worden ist. Die Regierung werde auf
diesem Wege entschieden weitergehen und auch die Denkschrift
mit größter Beschleunigung ausarbeiten. Die Reichsparteien
bestanden darauf, daß schon jetzt die Auflösung des Ministeriums
festgelegt werde. Das wurde aber abgelehnt. Daran wurde
die Regierung aufgefordert, dem Reichstage im Verlauf dieses
Geschäftsjahres eine Denkschrift über die Vereinfachung der
Reichsverwaltung insbesondere über die Zusammenlegung der Auf-
gaben des Reichshausministeriums in andere Ministerien
vorzulegen.

Umschwung am Devisenmarkt.

Am Freitag trat am Devisenmarkt ein erneuter Umschwung
ein. Die Kurse streben wieder nach oben. Amlich notierten
Kabel Newyork 197 1/2, London 861, Holland 73-40. Am
Effektenmarkt ist wieder eine allgemeine Aufwärtsbewegung
der Kurse in den Gang gekommen. Man beobachtet vor allem
am angereichen Ankauf für ausländische Rechnung. In ver-
schiedenen Papieren werden von Berliner Bankfirmen ganze
Ankäufer für das Ausland zusammengestellt.

Snadenbeweise für wuchernde Landwirte.

Berlin, 10. Januar.

Der preussische Landwirtschaftsminister teilt in der Antwort auf eine deutsch-nationale Anfrage mit, daß in einer großen Zahl von Fällen, in denen Landwirte wegen Vergehens gegen die Vorschriften der Zwangswirtschaft verurteilt wurden, Begnadigungen erfolgten, insbesondere soweit es sich um Freiheitsstrafen handelt.

Die preussische Landtagsfraktion dürfte nicht verfehlen, den Justizminister um nähere Auskunft wegen dieser Sache zu ersuchen. Mit Snadenbeweisen gegen manche Arbeiter pflegt man nicht so freigiebig zu sein, insbesondere hat man von solchen Snadenerweisungen noch nichts gehört, in bezug auf die verurteilten Arbeiter aus der Gegend von Hameln, die sich im vergangenen Herbst bei Demonstrationen gegen die wuchernden Kartoffelbauern zu irgend welchen strafbaren Handlungen hinreißen ließen.

Erhöhte Sätze für die produktive Erwerbslosenfürsorge.

Die mit Wirkung vom 5. Dezember 1921 in Kraft getretene Neufestsetzung der Unterstützungssätze für die Erwerbslosenfürsorge hat gezeigt, daß die erhöhten Sätze aus der Berechnung der Förderung der produktiven Erwerbslosenfürsorge zuwende gelegt werden müssen. Hiernach treten nach dem neuen Erlaß des preussischen Finanzministers an Stelle der bisherigen Sätze folgende neuen Sätze: Für Ortsklasse A 27 Mk., B 24,75 Mk., C 22,50 Mk., D und E 20,25 Mk.

Bei Wohnungsbehalten ändern sich die bisherigen Sätze im jeden Kubikmeter umgebauten Raumes wie folgt:

A. Bei Zugrundelegung der zweifachen Erparnis an Erwerbslosenfürsorge in Ortsklasse A 126 Mk., B 114 Mk., C 108 Mk., D und E 102 Mk.

B. Bei Zugrundelegung der 2 1/2 fachen Erparnis an Erwerbslosenfürsorge in Ortsklasse A 156 Mk., B 138 Mk., C 132 Mk., D und E 126 Mk.

Ein Vorschlag zur Revision des Friedens von Versailles.

In seinem kürzlich erschienenen Buch „Eine Revision des Friedensvertrages“ (A Revision of the Treaty, London 1922) hat John Maynard Keynes eine interessante Lösung des Reparationsproblems vorgeschlagen.

Bekanntlich hat die Reparationskommission die Forderungen der Alliierten an Deutschland auf 138 Milliarden Goldmark festgesetzt; diese Summe war schon eine bedeutende Ermäßigung der von den alliierten Regierungen geforderten Beträge; nur 58 Prozent derselben hatte die Reparationskommission als berechtigt anerkannt; der englische Delegierte Sir John Bradburn hat, wie es scheint, sich sogar dafür eingesetzt, die alliierten Forderungen noch um 31 Milliarden zu kürzen und sie auf 104 Milliarden festzusetzen.

Von den 138 Milliarden entfallen 132 auf die Pensionen und Schäden, 6 Milliarden auf Belgiens Kriegsschulden. In welchem Verhältnis die 132 Milliarden verteilt werden sollen zwischen Pensionen und Schäden, haben die Alliierten nicht festgelegt.

Keynes hat die Summe, die Deutschland nach den Buchstaben des Friedensvertrages den Alliierten schuldet, auf 110 Milliarden veranschlagt. Davon rechnet er 74 Milliarden für die Pensionen, 30 Milliarden für die unmitteldarunter stehenden und persönlichen Schädigungen der Zivilbevölkerung, 6 Milliarden für die von Belgien aufgenommenen Kriegsschulden.

Diese Summe (von 110 Milliarden) ist mehr als Deutschland bezahlen kann. Aber die Forderung mit Ausschluß der Pensionen und Unterstüßungen mag Deutschland zu bezahlen imstande sein. Keynes kommt in seinem Buch ausführlich darauf zu sprechen, wie entgegen den mit Deutschland vor dem Waffenstillstand getroffenen Vereinbarungen die Bezahlung der Pensionen und Unterstüßungen im Laufe der Friedensverhandlungen durch unwürdige Auslegungswünsche in den Friedensvertrag aufgenommen wurde. Der amerikanische Delegierte Lamont berichtet darüber: „Wir erklärten ihm (dem Präsidenten Wilson), daß wir keinen einzigen Juristen in der amerikanischen Delegation finden könnten, der sich zugunsten der Einbeziehung der Pensionen (in die Reparationsrechnung) aussprechen würde.“ Trotdem hat Wilson sich darauf eingelassen, die Pensionen auf das deutsche Schuldkonto zu setzen. Das Argument, das den amerikanischen Präsidenten schließlich davon überzeugte, ein Recht auf diese Einbeziehung zu haben, war, daß ein Soldat nach seiner Entlassung wieder ein Zivilist wird, und daß infolgedessen eine Verwundung, deren Wirkungen nach seiner Entlassung aus dem Heeresdienst fortbauern, ein einem Zivilisten zugefügter Schaden ist.“ Das ist „die moralische Basis, auf der zwei Drittel der Forderungen der Alliierten gegenüber Deutschland beruhen.“

Da nach Ansicht von Keynes diese Forderungen im Widerspruch zu den Bedingungen stehen, auf Grund deren sich Deutschland seinen Feinden ergeben hat, so müssen die Ansprüche auf Pensionen und Unterstüßungen aufgegeben werden, weil sie unehrenhaft sind.

Dieser Verzicht „reduziert die Forderungen auf 36 Milliarden, eine Summe, die einzufordern nicht in unserem Interesse liegen mag; wahrscheinlich ist aber Deutschland theoretisch imstande, sie zu zahlen.“

Aber mit dieser Reduktion der deutschen Reparations-schulden von 138 (bzw. 110) auf 36 Milliarden nimmt Keynes noch kein Genüge. „Es ist meiner Ansicht nach theoretisch nicht unmöglich, daß Deutschland 5 Prozent Zinsen und 1 Prozent Amortisation auf die Gesamtsumme zahlt. Es könnte aber nur geschehen, indem es seine Exportinduzien in einer für Großbritannien schädlichen und löstenden Weise zu erhöhter Produktion antreibt und seinem Finanzministerium ein so schwieriges Finanzproblem auferlegt, daß ungeliebte Finanzen und schwache, haltlose Regierungen die Folge wären. Selbst wenn diese Zahlung theoretisch möglich ist, glaube ich nicht, daß sie sich praktisch über eine Periode von 30 Jahren durchsetzen läßt.“

Daher soll das britische Reich auf seine gesamten Ansprüche, mit Ausnahme von einer Milliarde Goldmark, verzichten. Außerdem soll es die Forderungen Italiens und der kleineren Gläubiger an Deutschland dadurch beglichen, daß es deren Schulden an das britische Reich annulliert.

Keynes verteilt die Forderungen der Gläubigerstaaten folgender Weise auf die 36 Milliarden Mark:

	Schäden	Belgisch	Gesamt
Britisches Reich	9	2	11
Frankreich	10	2	12
Belgien	—	—	—
Italien	—	—	—
Bereinigigte Staaten	—	—	—
Anderes	—	—	—
	30	6	36

Wenn das britische Reich dem Vorschlag von Keynes entspricht und auch die Vereinigten Staaten auf ihre Ansprüche verzichten, würde Deutschland nach 18 Milliarden an Frankreich und 3 Milliarden an Belgien zu bezahlen haben. Diese Summe sollte abgetragen werden durch jährliche Zahlungen von 6 Prozent auf die geschuldeten Summe über einen Zeitraum von 30 Jahren. Deutschland hätte nach dieser Rechnung jährlich 1260 Millionen Goldmark zu zahlen. Daraus würde Frankreich 1050 Millionen erhalten, Belgien 180 Millionen. Diese Summe „reicht aus, um die verödeten Gebiete in Frankreich wieder aufzubauen, und ist andererseits doch nicht so niederdrückend, daß wir, um Deutschland zur Zahlung zu zwingen, jedes Frühjahr und jeden Herbst zum Einmarsch bereit sein müßten.“

Da es infolge des Schwantens der Woldpreise zu großen Störungen führen könnte, wenn die jährlichen Zahlungen über einen so großen Zeitraum in Gold festgesetzt würden, sollten die jährlichen Zahlungen durch irgendeine unparteiische Autorität einer Jahresnummer des Marktwertes von Gold angepaßt werden.“

Wenn außer den beschriebenen Maßnahmen Großbritannien und die Vereinigten Staaten Frankreichs Schulden an sie annullieren, ist es „überwiegend im Interesse Frankreichs“, diese Regelung des Reparationsproblems anzunehmen. Wenn die jährlichen Zahlungen aus jetzigen Schulden an Großbritannien und Amerika angesetzt werden gegen die Zahlungen, die es im günstigsten Falle jährlich von Deutschland zu erwarten hat, kommen etwa 0,91 Milliarden Goldmark heraus. Wenn dagegen die von Keynes vorgeschlagene Revision des Friedensvertrages zustande kommt, würde Frankreich „nicht nur Anrecht auf eine größere Summe, nämlich 1,08 Milliarden Goldmark, haben, sondern Frankreich würde auch mit Zug und Recht erwarten können, bezahlt zu werden, insofern ihm eine Priorität auf Deutschlands verfügbare Hilfsquellen zugestanden wird, und weil die gesamte Schuldlosigkeits Deutschlands Zahlungsfähigkeit nicht übersteigt.“

Belgien würde bei dieser Regelung praktisch nicht zu kurz kommen. Italien würde sogar außerordentlich dabei zu gewinnen haben, vorausgesetzt, daß Großbritannien und die Vereinigten Staaten die italienischen Schulden annullieren.

Die Schulden Deutsch-Oesterreichs sollen ebenfalls annulliert werden. Aus der Milliarde Goldmark, auf die Großbritannien gegenüber Deutschland nicht verzichtet hat, soll Deutsch-Oesterreich Kredit im Werte von 300 Millionen Goldmark auf 5 Jahre zur Verfügung gestellt werden.

Der Rest der Milliarde soll unter Aufsicht der Vereinigten Staaten und Großbritanniens dazu verwendet werden, die polnische Währung wieder zu reorganisieren. Nur über die Zinsen dieses Kapitals soll Polen unbedingte Verfügung können.

Auf dem Papier würden bei dieser Regelung des Reparationsproblems Großbritannien und die Vereinigten Staaten viel verlieren. Großbritannien ungefähr um 150 000 000 Pfund, Amerika 75 000 000 Pfund. Man glaubt aber nicht daran, daß faktisch eines der beiden Länder mehr als einen Bruchteil dieser Beträge jemals einfließen werde. Infolgedessen hält er das Opfer, das sie bringen würden, in Wirklichkeit für geringer, als es schwarz auf weiß den Anschein hat. Zudem rechnet er damit, daß mindestens die Vereinigten Staaten sich auf diese radikale Maßregel nicht einlassen werden. Wenn sie es nicht tun, muß Großbritannien trotzdem seine „papierernen Forderungen“ annullieren.

„Diese Vereinbarung darf Frankreich nur unter einer Bedingung angeboten werden — daß es sie annimmt. Wenn es aber, wie Sygrod, auf seinem Pfund Fleisch besteht, mag das Gesetz seinen Lauf haben. Dann mag Frankreich seinen Schein haben, aber wir auch den unseren. Dann mag Frankreich von Deutschland holen, soviel es zu bekommen vermag, und zahlen, was es den Vereinigten Staaten und England schuldet.“

Außer dieser Regelung der Reparation, die Frankreich „einen enormen Nutzen verschaffen würde“, nimmt die von Keynes vorgeschlagene Revision des Friedens von Versailles auch Bezug auf die Befreiung deutscher Gebiete durch die alliierten Truppen: „Es würde die friedlichen Beziehungen in Europa fördern, wenn, als Teil der neuen Vereinbarung, die alliierten Truppen vollkommen vom deutschen Gebiet zurückgezogen werden würden und auf alle Rechte auf Invasion, gleichgültig zu welchem Zwecke, verzichtet würde, außer wenn die Mehrheit des Völkerbundes zustimmt. Als Entgelt sollen aber das britische Reich und die Vereinigten Staaten Frankreich und Belgien jeden vernünftigen Beistand, außer Hilfe im Krieg, verbürgen, um die Erfüllung ihrer verminderten Forderungen sicherzustellen; Deutschland dagegen sollte die vollständige Entmilitarisierung seines westhineischen Gebietes garantieren.“

Keynes glaubt nicht an die deutsche Gefahr für Frankreich, so wenig wie die französischen Arbeiter an sie glauben. „Daß Frankreich in absehbarer Zukunft irgend etwas von Deutschland zu fürchten hätte, außer was es etwa selbst provozieren würde, ist Selbstbetrug. Wenn Deutschland seine Kraft und seinen Stolz wiedergewonnen hat — und mit der Zeit wird das der Fall sein — müßten viele Jahre vergehen, ehe es seine Augen wieder westwärts richtet. Deutschlands Zukunft liegt jetzt im Osten, und nach dieser Richtung werden sich seine Hoffnungen und sein Ehrgeiz sicherlich wenden, wenn sie wieder aufleben.“

Eine Revision des Friedens von Versailles in diesem großzügigen Sinne wäre sicher eine der wirksamsten Maßnahmen zur Wiederherstellung des europäischen Friedens; sie wäre die psychologische Vorbedingung der moralischen Abzählung. Der direkte Einfluß dieser Vorschläge auf die Ansichten der maßgebenden politischen Kreise wird vermutlich nicht groß sein; die Staatsmänner müssen zu sehr mit den nationalen Schichten ihrer Länder rechnen, als daß sie in absehbarer Zeit rein sachlich zum Reparationsproblem Stellung nehmen könnten.

Inzwischen beweist die englische Politik, vor allem des letzten Jahres, daß sie sich den wirtschaftlichen Tauschen nicht

verschließen kann und will, deren Niedersturz die Keynes'schen Gedankengänge sind. Der Rückgang der englischen Einfuhr und Ausfuhr im Jahre 1921 und die Arbeitslosigkeit haben eine eindringliche Sprache.

Zunächst der europäischen Arbeiterchaft und ähnliche Maßnahmen (sogar vertrieben worden. Es kommt nicht darauf an, ob die Revision des Friedensvertrages im einzelnen übernehmbar ist; die grundsätzliche Einstellung zum Reparationsproblem ist das Entscheidende: die wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertrages verhindern die Herstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts in Europa und in der Welt. Der Internationalen Gewerkschaftsbund hat sich in London (November 1920) und Amsterdam (März 1921) im gleichen Geist ausgesprochen. Verwandte Forderungen sind noch im Dezember von der englischen Arbeiterchaft nachdrücklich erhoben worden.

Die Arbeiterbewegung hat bei ihrem Kampf für eine Revision des Versailler Friedens die natürlichen Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung ebenso zu ihren Verbündeten wie die wirtschaftliche Einheit. Auch nationalitätliche Politik können dieser Kräfte nur solange Widerstand leisten, als sie nicht selbst an verantwortlicher Stelle stehen. Die bloße Tatsache der geplanten Wirtschaftskonferenz in Genoa, der auch die neue französische Regierung zugestimmt hat, beweist, daß die Kräfte, die zur Wiederherstellung des normalen wirtschaftlichen Lebens in Europa drängen, kürzer sind als die politischen Vorurteile der Staatsmänner, die unbegrenzte nationale Gewinne für ihre Nationen einheimen wollten.

H. C.

Volkswirtschaft.

Deutsches Vorkriegseigentum in England.

Nach dem deutsch-englischen Abkommen vom 31. Dezember 1920, das am 6. Oktober 1921 ratifiziert worden ist, soll deutsches Reichsangehörigen, deren jährliches Einkommen 400 Pfund Sterling nach dem geltenden Umrechnungsfuß nicht übersteigt, ihr in England beschlagnahmtes Eigentum bis zum Werte von 500 Pfund Sterling zurück erhalten, während die übrigen Beträge freigegeben werden. Sofern dem englischen Public Trustee die Freigabeanträge binnen sechs Monaten seit Ratifizierung des Abkommens zugeleitet werden.

Den deutschen Berechtigten, die nicht über die zur Auslösung und Heimführung ihres Eigentums erforderlichen Mittel verfügen, können die im Darlehenswege zur Verfügung gestellt werden.

Da die Antragsfrist in den ersten Tagen des April 1922 abläuft, kann allen deutschen Berechtigten nur dringend nahegelegt werden, ihre Freigabeanträge unverzüglich bei der Darlehenskasse für Rückläufe aus britischen Gebiet, Abteilung Arbeit und Beschäftigung, Berlin, Friedrichstraße 79a einzureichen.

Kolonisierung zum Schaden Polens.

Die polnische Presse bringt einen Artikel, betitelt: „Die Lage der großpolnischen Industrie“, in dem anerkannt wird, daß die Kolonisierung der ehemals deutschen Gebiete in Polen die Entwicklung der polnischen Wirtschaft keinen Nutzen bringt.

Der Verfasser des Artikels, Jng. C. Tomar, schreibt: „Der gewaltige Aufschwung der polnischen Industrie im ehemaligen deutschen Gebiet war falsch. Die Deutschen konnten hier ihre Unternehmungen günstig liquidieren. Sie brachten den Erlös ins Ausland, wodurch sie den Wert der polnischen Wirt herabsetzten. Die deutschen Fachleute, erfahrene Meister und Handwerker, verließen massenhaft das Land, wodurch die Industrie vollständig lahmgelegt wurde. Ein erheblicher Erfolg für sie fehlte im Land. Da es Polen nunmehr an qualifizierten Arbeitern fehlt, kann die einheimische Industrie mit der deutschen nicht konkurrieren.“

In Oberösterreich wiederholt sich dasselbe Beispiel in viel größerem Maßstab. An dem Geschäftsnis eines einseitigen Polens lag das eine interessant, daß man der deutschen Qualitätsarbeiter nicht entbehren kann. Mit der Nachahmung des preussischen Standards haben die Polen mehr „Schmutz“ gehabt.

Diebstahl.

Schweinemarkt.

Hamburg, 10. Februar.

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle am Hamburger Schlachthausmarkt, wird uns mitgeteilt:

	Preis für 100 Pfund Lebendgewicht
beste, schwere, reine Ware über 250 Pfund	1800—1900
mittelschwere Ware, über 220 Pfund	1700—1800
gute, leichte Ware von 180 bis 220 Pfund	1500—1650
geringere Ware	1250—1450
beste Sauen	1800—1700
geringere Sauen	1400—1550

Marktaufahrt: 5000 Stk. Der Handel verliert bei reichlichem Angebot zuzig.

Devisen-Kurse.

Berlin, 10. Februar.

Amliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	10. Febr.	9. Febr.
Amsterdam	100 fl.	7832.64
Brüssel (Antwerpen)	100 Fr.	1628.35
Kristiania	100 Kr.	3186.70
Kopenhagen	100 Kr.	4040.95
Stockholm	100 Kr.	5124.35
Helsingfors	100 finn. Mk.	386.80
Rom	100 Lire	969.—
London	1 £	860.10
New York	1 Doll.	197.55
Paris	100 Fr.	1700.75
Zürich	100 Fr.	8988.65
Madrid	100 Pesets	2106.55
Wien	100 K.	6.93
Budapest	100 K.	30.85
Prag	100 K.	371.80

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Dampfer Segler Schiffsname Kapitän Herkunftszugabe Tage

D.	S.	Raum	Wohnst.	Kapten	Hafen	Tage
		Roof	Wohn	Wohn	Lübeck	12

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Sebest für Freiheit Lübeck und Familien Hermann Bauer; für Partei- und Gewerkschaften August Schulz; für Industrie Heinrich Steinberg. Druck: Heinrich Steinberg. Druck von Friedrich Meiner & Co. in Lübeck.

Freistaat Lübeck.

Sonabend, 11. Februar.

Ich möchte wissen . . .

Ich möchte bloß das eine wissen,
Ob die auch zünftig zahlen müssen,
Die uns so böß und ungedacht
In diesen tiefen Sumpf gebracht?
Ob man das Weiterstommen duldet
Der Lumpen, die den Krieg verschuldet,
Zudem der Mann, der nicht besitzt,
Zu schwerer Fron für Frankreich schickt?

F. M.

Lohnerhöhungen in staatlichen Betrieben.

Erhöhung der Löhne der Gemeinde- und Staatsarbeiter.

Die im Dezember 1921 zwischen den Kommissaren des Senates und dem Verbande der Gemeinde- und Staatsarbeiter geführten Verhandlungen wegen Erhöhung der Löhne haben zu keinem endgültigen Ergebnis geführt; sie wurden vielmehr abgebrochen, weil es zweckmäßig erschien, zunächst das Ergebnis der mit den Reichsarbeitern gepflogenen Verhandlungen über die Lohnerhöhung abzuwarten. Da unbedingt mit einer erheblichen Lohnerhöhung gerechnet werden mußte, hat der Senat jedoch vor dem Wethrasische sämtliche vollbeschäftigten Gemeinde- und Staatsarbeitern einen auf die demnächst zu erwartende Lohnerhöhung anzurechnenden Vorzuschuß zahlen lassen und zwar den männlichen Arbeitern in Höhe von 250 Mk. und den weiblichen Arbeitern in Höhe von 150 Mk.

Nachdem die Verhandlungen mit den Reichsarbeitern inzwischen zu einem vorläufigen Abschluß gelangt sind, haben die Kommissare des Senates die Verhandlungen mit dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband wieder aufgenommen, die zu einer Einigung dahin geführt haben, daß vorbehaltlich der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften, unter Anrechnung der oben erwähnten Vorzuschüsse für die zurückliegende Zeit vom 16. Dezember 1921 bis 29. Januar 1922 der Stundenlohn der männlichen Arbeiter um 1,15 Mk. und derjenige der weiblichen Arbeiter um 75 Pfg. und vom 30. Januar 1922 ab um weitere 35 Pfg. bzw. 25 Pfg. erhöht wird. Ferner ist vereinbart worden, daß, falls den hiesigen Reichsarbeitern ein Ueberteuerungszuschuß gewährt werden sollte, solcher auch den Lübeckischen Gemeinde- und Staatsarbeitern bewilligt werden soll, mit der Maßgabe, daß auf diesen Ueberteuerungszuschuß die vom 30. Januar 1922 ab gezahlte Lohnerhöhung von 35 Pfg. bzw. 25 Pfg. angerechnet wird.

In diese Lohnerhöhung nicht eingeschlossen ist das Personal der Lübecker Straßenbahn und das Pflegepersonal der Krankenanstalten; ferner sind nicht eingeschlossen die Arbeiter in den staatlichen Forsten.

Nach den angestellten Berechnungen entstehen durch die Bemessung der vereinbarten Löhne für den Rest des laufenden Rechnungsjahres insgesamt 1 266 400 Mk. Mehrkosten.

Der Senat ist den Abmachungen seiner Kommissare beigetreten und hat in Anbetracht der heutigen Lage die Behörden ermächtigt, schon jetzt die erhöhten Löhne zu zahlen. Er stellt eine entsprechende Vorlage zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft.

Erhöhung der Löhne für das Personal der Lübecker Straßenbahn.

Auch zwischen den Kommissaren des Senates und dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Lübeck, haben neue Verhandlungen über die Lohnverhältnisse des Personals der Lübecker Straßenbahn stattgefunden, die zu dem Ergebnis geführt haben, daß, vorbehaltlich der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften, mit Wirkung vom 16. Dezember 1921 ab unter Anrechnung der durch Rat- und Bürgerlohn vom 25. Januar 1922 zugestandenen 50 Pfg. eine Lohnerhöhung von 75 Pfg. für die Stunde und ferner als Ausgleich zwischen Ortsklasse B und A eine weitere Lohnerhöhung von 40 Pfg. für die Stunde bewilligt wird, unter der Bedingung, daß dieser Lohnsatz bis zum 15. Februar 1922 fest abgeschlossen sein soll.

Durch diese Lohnerhöhung werden die Betriebsausgaben der Straßenbahn weiter um jährlich 840 000 Mk. oder für den Rest des laufenden Geschäftsjahres bis zum 31. März 1922 um 245 000 Mk. erhöht. Eine Deckung dieser Mehrausgabe ist zurzeit noch nicht vorhanden. Die Verwaltung der Straßenbahn wird jedoch bemüht bleiben, dieses Mehreinkommen, soweit es in den Einnahmen des neuen Fahrpreistarifes vom 1. Februar 1922 ab keinen Ausgleich findet, durch gewisse Einschränkungen im Betriebe die sich dem gegenwärtigen Verkehrsbedürfnis anpassen, nach Möglichkeit wieder zu decken.

Der Senat ist den Abmachungen seiner Kommissare beigetreten und hat in Anbetracht der heutigen Lage die Betriebsbehörde, Amtl. Straßenbahn, ermächtigt, dem Personal der Straßenbahn auf die Lohnerhöhung eine Abschlagszahlung zu gewähren. Er stellt demgemäß zur Mitgenehmigung der Bürgerschaft, daß die Lohnsätze für das Personal der Lübecker Straßenbahn rückwirkend für die Zeit vom 16. Dezember 1921 an wie folgt festgelegt werden:

	verheiratet	ledig
Führer	für den Monat: 1910 Mk.	1860 Mk.
Schaffner	für den Monat: 1890 Mk.	1840 Mk.
geübte Arbeiter	für die Stunde: 9,65 Mk.	9,40 Mk.
gelernte Arbeiter	für die Stunde: 9,65 Mk.	9,40 Mk.
ungelernte Arbeiter	für die Stunde: 8,95 Mk.	8,70 Mk.
Frauen	für die Stunde: 4,95 Mk.	
Schienenwärter	58 Mk. für den Kalendertag.	

Auf diese Grundlage soll mit dem Deutschen Transportarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Lübeck, ein Tarifvertrag abgeschlossen werden.

Hundsteuer. Die Vorlage über die neue Hundsteuer wurde heute mittig vor einigen Wochen zur näheren Prüfung einem Ausschuss überwiesen. Dieser ist nunmehr zu folgenden Vorschlägen gekommen: Die Steuer von 50 Mk. für einen, von einem Bewohner des eingemeindeten oder des Landgebietes gehaltenen Hund fällt der Ausschuss in Anbetracht des gesunkenen Geldwertes und der Erwerbslage der Bevölkerung auch in diesen Teilen des Staatsgebietes für zu niedrig. Ein Betrag von 75 Mk. wird auch diese Einwohner Lübecks nicht drücken. (Für die Stadt liegt die Vorlage den Betrag von 150 Mk. vor.) Der Ausschuss hält für das Landgebiet eine derartige Erhöhung für um so gerechtfertigter, als der Betrag der Steuer den einzelnen Landgemeinden nach seinem Vorschlag voll zuzufällt. Eberjomenia kann der Ausschuss empfehlen, den Steuerfällen zu folgen, die für die Haltung von zwei oder mehreren Hunden in demselben Haushalt vorgeschlagen werden. Er ist einmütig der Meinung, daß für die Stadt und die inneren Vorstädte der Betrag auf 200 Mk. erhöht werden kann, da es sich in diesen Fällen fast ausnahmslos um Luxus Hunde handelt. Für die wenigen Fälle eine Ausnahme zuzulassen, in denen 2. für Fabrikgrundstücke zwei oder drei Hundehunde in Frage kommen könnten, erscheint schon im Interesse der Vereinfachung der Verwaltung nicht geboten. Für das übrige Staatsgebiet empfiehlt der Ausschuss, die Steuer für den zweiten Hund auf 125 Mk. für jeden weiteren auf 200 Mk. zu bemessen. Daß das Landgebiet und das eingemeindete Gebiet bevorzugt werden, erscheint gemäß berechtigt, und dem wird auch in der Steuer von 25 Mk. gegenüber 200 Mk. in der Stadt für den zweiten Hund Rechnung getragen, aber in dieser Beziehung so weit zu gehen, daß, wie nach der Senatsvorlage, nur 50 Mk. für jeden weiteren Hund erhoben werden, hat der Ausschuss aus denselben Gründen, die für eine Erhöhung auf 75 Mk. für die Hunde im eingemeindeten und dem Landgebiet sprechen, nicht für gerechtfertigt. Zweckmäßig erscheint es dem Ausschuss, daß die Steuer nicht nur bei der Kasse des Polizeiamtes, sondern auch bei der vom Polizeiamt sonst bezeichneten Stelle entrichtet werden kann. Demnach wird auf dem Lande der Gemeindevorsteher, der die Gemeindesteuern zu erheben hat, auch die Hundsteuer einzuziehen haben. — Dem Ausschuss erscheint die Erhöhung der Gebühr für verlorenen oder unbrauchbar gewordenen Steuerzeichen von 3 Mk. auf 30 Mk. für zu hoch und bringt dafür 20 Mk. in Vorschlag. Endlich beauftragt der Ausschuss, daß den Steuerpflichtigen auf Ansuchen auch die Zahlung der Hundsteuer in zwei Teilzahlungen gestattet wird.

Namensänderung. Der Senat hat der Elisabeth Marie Seemann den Familiennamen L o m e r verliehen.

Neuer Armenvorsteher. Der Senat hat den Kaufmann Johannes Horstmann auf sein Ansuchen aus dem Amte eines Vor-

stehers des 1. Armenbezirks entlassen und an seiner Stelle den Uhrmacher Bruno Schmidt zum Vorsteher gewählt.

Der Streik auf dem Hofhofenwerk beendet. Am Freitag fand bei Diefelmann in Rüditz eine Versammlung der streikenden Hofhofenwerkarbeiter statt, welche den Beschluß faßte, eine Abstimmung über die Beendigung des Streiks vorzunehmen. Die darauf im Betriebe vorgenommene Abstimmung ergab folgendes Resultat: 640 Stimmen wurden für Wiederaufnahme der Arbeit abgegeben und 617 dagegen. Der Abbruch des Streiks war somit abgeschlossen. Die Arbeit ist heute morgen wieder aufgenommen worden.

Beendeter Streik bei der Firma Thiel & Söhne. Bei der Firma Thiel & Söhne war ein Streik ausgebrochen, der allerdings nur einige Stunden dauerte. Es war an die Betriebsleitung die Forderung gestellt worden, einen Arbeiter, der aus seiner gewerkschaftlichen Organisation ausgestiegen war, zu entlassen. Die Leitung lehnte dieses Ansuchen ab, worauf etwa 500 Arbeiter und Arbeiterinnen die Arbeit niederlegten. In der am Freitagabend im Gewerkschaftshaus abgehaltenen Betriebsversammlung wurde das Vorgehen der Betriebsleitung nicht gebilligt und der Streik beigelegt.

Eine Mieterversammlung, die stark besucht war, tagte am Freitagabend im großen Saale des Gewerkschaftshauses. Herr Maerzmann sprach über das Reichsmietengesetz und über die neuen Mietsteuer. Seine Ausführungen, die sich in der Hauptsache mit dem kürzlich im „Volksboten“ veröffentlichten Artikel des Referenten deckten, fanden die lebhafteste Zustimmung der Versammelten. Die kurze Aussprache bewegte sich im Sinne des Referats. Folgende Entschließung fand einstimmig Annahme:

„Die am Freitag, dem 10. Februar 1922, im Gewerkschaftshaus vorangetragene Mieterchaft Lübecks richtet an ihren hohen Reichstag in letzter Stunde die dringende Bitte, ein im wahren Sinne volkswirtschaftliches Reichsmietengesetz zu schaffen. Die Mieterchaft hat sich bereit erklärt, zum Wohle des Ganzen schmerzte Kosten zu übernehmen, aber sie fordert dafür als Ausgleich auch Rechte, die aus dem Geiste der Zeit geboren, stichtliche Forderungen darstellen. Ein Reichsmietengesetz ohne Abrechnungsrecht des Vermieters und ohne gesetzlich festgelegtem Miethesatzungsrecht der Mieter, heißt das Gesetz ohne und gegen die Mieter schaffen. Für ein Reichsmietengesetz mit dem geringsten Geltungsbereich fehlt der Mieterchaft jegliches Vertrauen, ja eine solche Verfassung empfindet sie, tief verletzt, als eine Herausforderung. Ein hoher Reichstag möge sich der großen Verantwortung bewußt sein und nicht 98 Prozent aller Volksgenossen nur mit Pflichten beladen, ihnen aber alle Rechte vorenthalten.“

Die Eisverhältnisse in der Lübecker Nacht sind noch unverändert. Am Freitag morgen gelang es den Eisbrechern der Kaufmannschaft, den Dampfer „Kalam“ in Travemünde einzubringen. Die beiden großen Eisbrecher sind wieder ausgelassen, um dem weiter hinaus im Eis festliegenden Fischdampfer „Brook“ Hilfe zu bringen. Am Abend hatten sie ihn noch nicht erreicht.

Nachrichten lösen lassen. Vom 1. März an werden auf den Staatsbahnen Nachrichten, die nicht das Looszeichen der Reiseantrittskarte tragen, als ungfällig behandelt. Reisende, die auf Grund einer Urteilsurkunde über die Bestimmungstation der Fahrkarte für die zuerst befahrene Strecke hinausfahren wollen, müssen beim Antritt der Reise gleichzeitig mit der Fahrkarte für die Strecke an der Bahnsteigsperrle die Anschlusskarte zur Prüfung und Löschung vorzeigen.

Gaspreiserhöhungen. Ueber die Gewährung der Gaspreiserhöhungen durch das Wohlfahrtsamt bestehen in der Bevölkerung noch mancherlei Unklarheiten. Ein Preisnachschlag auf Gasrechnungen kann minderbemittelten, arbeitsunfähigen Personen gewährt werden, die ein Einkommen unter 5000 Mk. jährlich haben und von keiner sonstigen Fürsorgeabteilung des Wohlfahrtsamtes regelmäßige Unterstellungen erhalten. Als Einkommen sind sämtliche Bezüge des Antragstellers, auch Beihilfen von unterstützungspflichtigen Verwandten, Verdienst aus Nebenberufen usw. anzurechnen. — Die Höhe des gewährten Preisnachschlages richtet sich nach der Bedürftigkeit des Antragstellers, nach der Zahl der im Haushalt versorgten Personen und der Höhe der Gasrechnung. Anträge auf Gaspreiserhöhungen sind unter-

Eine dunkle Tat.

Roman von Levin Schäding

26. Fortsetzung.
Jossina hatte das nie und wahrscheinlich auch kein anderer Sterblicher je gesehen; desto mehr schmitz ihr der Anblick durchs Herz, und wie roh der Ton auch war, in dem die beiden Geschwister sonst zu verkehren pflegten, so erwachte doch in ihrer Brust, was in der jedes Welens lebendig bleibt, so sehr es das Alltagsleben zurückgedrängt haben mag, die Zärtlichkeit für den Bruder. Sie hätte sich gern an seinen Hals geworfen, um dem ersten Orange ihrer wiedererwachenden Liebe zu folgen, als daß sie es wagte. Sie stand vor ihm, die Hände ineinander schlagend, vor Schreden erschrakend und rief: „Mon frere, mon frere, was ist dir, was fehlt dir?“
„Jossina“, sagte er, ein gewaltiges Schluchzen, das ihn übermannen hatte, niederstumpfend: „Jossina, ich bin ein unglücklicher Mensch! Ich bin nur Gott und der Welt verloren!“ Sein Schluchzen ward heftiger; ein Zittern erschütterte seine ganze robuste und schwere Gestalt.
„Am Gottes willen, so sprich doch, Andreas, was ist dir geschehen?“
Der Freiherr von Katterbach rang nach Jossina, aber er fand in seinem Winkel seines Gemüts einen inneren Halt, an dem er sich hätte aufrichten können; er lag wie ohnmächtig in dem Sessel und schrägte nach Luft. Jossina lief nach einer Silberbüchse mit Odeuren und hielt sie ihrem Bruder unter die Nase, mit bebender Hand und zitternd vor Schreden und Spannung, welches Ereignis diesen, wie es schien, so eisener und verwehnen Mann niederwerfen, welcher Eindruck auf diesen rohen und fleinharten Jünger ein so schreckliches Gespäche von Schmerz, Wut und Hoffnungslosigkeit zurückgelassen haben mochte.
„Nur mit dem Zeuge“, sagte er ihren Arm von sich stoßend und zu seiner alten Robe zurückkehrend, als ob er nur darin sich selber und seine Kraft wiederfinde.
„Wie heißt du mit Philipp? Verträgt ihr euch?“ fuhr er nach einer Weile fort.
„Er ist ein erträglicher Mensch“, verkehrte sie, „etwas rüde, ungeschicklich und ohne viel Bestand, aber gutmütig.“
„Er ist ein Esel“, sagte der Hofrat, immer mehr zu Kräften kommend. „Du sollst dir ihn aus dem Kopfe schlagen; du mußt den Offizier betreten.“
„Den wildfremden Menschen?“
„Ja, den, wildfremd oder nicht; und wenn er ein Spitzhube ist“, mühtest du es, oder eine Bettlerin werden. Grad' heraus, Jossina, ich — ich habe meine Güter nicht mit Recht im Besit-

der Fremde verlangt sie; ich kann, ich darf es nicht bei den Gerichten anhängig werden lassen; deshalb habe ich mich mit ihm verglichen, er nimmt deine Hand und wir bleiben zusammen hier; ich behalte die Verwaltung und er ist Eigentümer der Güter; — in die Einkünfte teilen wir uns.“
„Und ich und Philipp sollen das Opfer von eurem laubern Vergleich werden?“ rief Jossina einen Schritt zurücktretend.
„Parität! Philipp und Opfer! Siehst du oder siehst er aus, als könnten ihr ein Opfer vorstellen? Wenn du mich verstanden hast, so bist klug genug, dich nicht weiter zu sperren. Betrage dich morgen danach.“
Jossina mußte keinen Einwurf zu machen; sie wußte auch eigentlich selber nicht, ob ihr der Vergleich mehr annehmlich oder mehr unangenehm sei, und in Ermangelung einer besseren Antwort fing sie an zu weinen.
„Der Fremde gefällt mir auch wohl schon“, schluchzte sie, „aber ich habe doch Philipp einmal mein Wort gegeben.“
„Und ich werde ihm den Kaufschuß geben.“
Der Hofrat erhob sich und nahm kein Licht wieder, Jossina schluchzte heftiger.
„Hör“, sagte Herr von Katterbach, sich zu ihr umwendend und wie von Mitleiden erstritten; „wenn du ihn gar nicht magst, nachdem du ihn näher kennen gelernt — dann — ich will alles aufbiehen — vielleicht find' ich doch Beweise, mit denen wir ihn uns vom Hals schaffen!“
„So“, fuhr Jossina auf und stampfte heftig auf den Boden, „daß ich um alle beide komme! Das laß dir nicht einfallen!“
Unterdes ließ sich der fremde Offizier auf seinem Schlafzimer von seinem Bedienten die trappe Uniform und die Reiterkiesel abziehen; als er die Füße von ihrer schweren Bekleidung befreit fühlte, ließ er im Zimmer auf und ab sprang und hüpfte bald auf dem einen, bald auf dem anderen Beine in die Höhe und legte eine ausgelassene Freude an den Tag.
„Peter, das ist einmal charmant gegangen!“ rief er aus. „Charmant! aber ich bin auch im Feuer gewesener. Anfangs ward der alte Löwe so weich, wie's kein Kazikenführer in seinem Leben nie gewesen ist, und dann brüllte er vor Wut und Angst; aber ich hielt ihn fest an der Stange, fest wie einen stetigen Klepper. Hast du die Dame vom Hause gesehen?“
„Einmal, so im Vorübergehen.“
„Das ist meine Braut!“
„Braut! Alle Wetter“, rief Peter, „das ist schon abgemacht? Nun, da hat der Herr Leutnant eine Kasse im Sad gekauft. Uebrigens ist es eine schöne Person, die Sie da angeworben haben.“
„Schön und so sanft wie ein Lamm und so findlich unschuldig wie ein Engel!“

„Herr Leutnant ist schon völlig angezogen; aber mich soll der Teufel holen, wenn sie nicht Haare auf den Zähnen hat, wie die alte Marketernderlsbeth!“
„Wieso, woher weißt du das, Schlingel?“
„Weil ich sie habe in der Küche die Mägde künsteren hören, als ob es Hundevieh wäre!“
„Weiter nichts? die mögen's danach gemacht haben!“
„Aber“, fragte Peter schüchtern und neugierig zugleich, „wie ist es denn nur so schnell zugegangen?“
„Hör, Kurich, es ist doch eine unangenehme Sache, jemanden geradeswegs vom Haus und Hof zu treiben, auch wenn man in seinem Rechte ist! Ich kann dir sagen, es wurde mir schweiß zumute, als ich den armen Teufel sich wunden und trümmen sah in seiner Angst. Der Schweiß trat mir auf die Stirne und, als er mit einem annehmbaren Vergleiche heraustrat, griff ich zu, um nur die Szene zu Ende zu bringen. Und weißt du, Peter, wenn arabe Herren einen Vergleiche schließen, dann gibt der eine dem andern keine Schwelger oder seine Tochter als Unterspand oder als Harkgeld in den Kauf, und so haben wir's auch gemacht, Peterlein, Peterlein“, er stemmte seine Hände ihm auf den Rücken und hüpfte vom Boden auf. „Ich bin ein Hoch- und Wohlgeborener, Freierr des heiligen römischen Reiches — juchhe!“ Der Hoch- und Wohlgeborene machte einen Satz über Peters Schultern fort, die sich geduldsig niederbückten, daß der Jopf dem Burschen an die Stirn floß.
„Peter, ich will dich noch heute zu Amt und Würden bringen; was willst du werden?“
„Stallmeister!“
„Nein, das geht nicht; Pferde werden sehen, wenn sie Esel sehen.“
„Kellermeister!“
„Den Sad zum Gärtner machen! Ich will meinen Wein selber trinken, du Narr! Denke dir etwas andres aus!“
„Jägermeister!“
„Den haben nur die Fürsten; aber Hundeweine, wie fände dir das an? Gott, Peterlein, das wäre so ein Nemtchen für dich! Ich will dir eine mit Silber beschlagene Karbakasse machen lassen, und alle Tage nach Tisch sollst du eine Stunde lang damit auf dem Hofe klatschen dürfen. Alle Markst ein neues Wams und möglichst nur einmal, Sonnabends morgens, präzis um zehn Uhr eine Siebe; Kerl, das wird ein Leben sein! Nun, pack dich, ich will schlafen.“
„Peter!“ rief er dann den Abgehenden zurück, „bist du böß?“
„Befehlen, Herr Leutnant?“ sagte der Beförberte in keifender Haltung vor das Bett tretend.
„Es war ja Spaß, Peter; geh nur, du sollst Stallmeister werden; bist du nun zufrieden? Gute Nacht!“
(Fortsetzung folgt.)

angewilligen befehl sind. Als USPD-Vertreter macht er Einwendungen gegen unseren Götlicher Parteitag, mit keinen zahlreichen misachtenden und verlegenden Bemerkungen über die USPD, und wendet sich dann insbesondere gegen unseren Gesandten Cunow, speziell gegen dessen Artikel in Nr. 16 der 'Neuen Zeit', der hinsichtlich der Einheitsfront vor Illusionen warnet. Der Leipziger Parteitag der USPD, habe zwar auch nicht so deutlich gesprochen, wie mancher es gewünscht hat, allein Parteitage liebten nicht mehr jene Offenheit, wie man sie früher gewohnt war. Das müßte J. Logischerweise auch dem Götlicher Parteitag zugute halten. Mit der ausdrücklichen Betonung in Leipzig, daß neue Situationen neue Einstellungen erfordern, sei aus der grundsätzlichen Frage der Koalitionspolitik eine Frage der Taktik geworden. Die Einigung des Proletariats bedeutet die Lösung der Frage der Koalitionspolitik. Wieso wäre gewonnen, wenn diese Ueberzeugung im Juli 1920 auf Seite der USPD bestanden hätte! Sidel kommt zu dem Schluß: 'Es gibt keine Gegenläufe, welche stark genug wären, um die fernere Spaltung der politischen Arbeiterbewegung zu rechtfertigen. Das Interesse des Proletariats im allgemeinen, das Interesse der Gesamtarbeiterbewegung im besonderen erfordern Begründung der Streikart. ... Einheit um jeden Preis.'

Auch wir bedauern, daß das Wiedervereinigen nicht leichter, sondern schwerer ist als das Spalten. Doch, die Dinge sind im Fluß. Arbeiten wir in den Gewerkschaften zusammen, scheiden wir den Richtungsstreit zwischen SPD. und USPD. aus, dann bereiten wir damit der Einigung den Weg. Kann sie auch nicht früh genug herbeigeführt werden, so muß doch erst wieder durch gelegentliche Zusammenarbeit auf diesem, durch ständige Zusammenarbeit auf jenem Gebiete, das nötige gegenseitige Vertrauen aufkommen, um die letzten Hindernisse abzutragen, die etwa der Wiedervereinigung noch ernstlich im Wege stehen.

Streikbrecherermittlung durch die 'Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Soldaten'. In Potsdam gibt es eine 'Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Soldaten e. V. m. b. H.', die sich unter anderem mit der menschenfreundlichen Aufgabe beschäftigt, für die kleinen Rentner und Pensionäre in der genannten Stadt in Ostpreußen Kartoffeln aufzukaufen und zu diesem Zwecke in der 'Sümpfer Zeitung' ein Kaufgesuch erscheinen ließ. Wenn solche Bestrebungen auch dazu beigetragen haben, den Kartoffelpreis auf die wahnsinnige Höhe zu steigern, die sie jetzt einnehmen, so erscheinen sie immerhin doch verständlich. Noch verwirflicher war aber die Art und Weise, wie diese sogenannte Arbeitsgemeinschaft die ostpreussischen Kartoffelerzeuger für sich einzunehmen versuchte. Die Anzeige enthielt nämlich noch folgende Bemerkung: 'Gleichzeitig empfehlen wir uns den Herrn Gutbesitzer für die Bestellung deutschgeernteter, wirtschaftsförderlicher Arbeiter, auch im Streikfall.' — Wo eine solche Organisation ehemaliger Soldaten. Wenn diese Soldaten sich irgendwo auf dem Lande bemerkbar machen sollten, so werden die Landarbeiter sie lieber mit helenderer Freude empfangen.

Aus aller Welt.

Einbruch vor Zuschauern. In voller Öffentlichkeit spielte sich ein Einbruch in der Herrmannstraße in Neustadt ab. Gegen 3 1/2 Uhr morgens, als die Straße von Leuten, die zu ihren Arbeitsstellen eilten, schon belebt war, fuhren vor dem Hause drei Männer mit einem Personkraftwagen vor. Während der Chauffeur auf seinem Sitze blieb, ließen sie eiligst aus und erbrachen vor den Augen der Vorübergehenden die Vorhänge des Autos an dem Eingange eines Papiergeschäftes. Die Passanten schauten zwar etwas verdutzt drein, ließen aber die Männer gewähren. Auch dann noch rührte sich keiner, als sie mit einem Dietrich die Laden Tür aufschlossen, eine schwere Registrierkasse herausholten und sie auf den Kraftwagen verladen. Nur ein junger Mann machte Miene, die Polizei zu holen. Andere Zeugen des Einbruchs ziefen ihm zu: 'Dah sie doch, es sind ja Arbeitslose!' Jetzt gab auch der junge Mann seine Absicht auf und ging weiter. Der Chauffeur ließ anlaufen, und die Einbrecher fuhren mit ihrer Beute, die 25 000 Mark wert ist, in aller Ruhe davon. Der Chauffeur wurde im Laufe des Tages ermittelt und auch die Registrierkasse wieder entdedt und herbeigeschafft.

Ein Riesen-Schieberprozeß. Aus Bentzen wird gemeldet: Im Padjarnit-Prozeß, der am 7. November 1921 begonnen hat, und sich gegen nicht weniger als 24 Angeklagte richtet, stellte am 8. Februar der Vertreter der Anklage die Strafentwürfe. In einem Bändchen, das fast eine Woche dauerte, wies der Vertreter der Anklage darauf hin, daß durch die Zeit-, Eier-, Mehl- und Kartoffelschiebungen die Angeklagten während der Zwangswirtschaft die Allgemeinheit nicht nur schwer geschädigt, sondern größtenteils auch große Ueberschüsse einbrachten. Angeklagt wurden u. a.: Stadtbürgermeister Padjarnit, der Leiter der Lebensmittelstelle der Stadt Rationier, Bureauvorsteher Wahlanel, der als Bureauvorsteher der Kettstelle Oppeln ohne Erlaubnis des maßgebenden Regierungsrats dem Padjarnit Fette zwies, die dieser durch andere ebenfalls auf der Anklagebank sitzende Personen an Industriewerke, Kommunen und Privatpersonen vertrieb, und Pfister,

der in Oppeln das Lager der Kettstelle für rationierte Fette für Oberkesseln zu verwalten hatte und von dieser Stelle Fette lieferte. Auf diese Weise verhofften sich besonders diese drei Angeklagten Hunderttausende Mark. Wegen Hehlerei, Ueberschmuggens, Unanmeldebestrafung, Begünstigung usw. beantragte der Anklagevertreter folgende Gesamtstrafen: Gegen Padjarnit und Wahlanel je sechs Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust, Pfister sechs Jahre Zuchthaus, 200 000 Mk. Geldstrafe und 10 Jahre Ehrverlust, Kaufmann Bodo Wast (Breslau) 2 1/2 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust, Kaufmann Karl Paul aus Odenburg 2 Jahre Zuchthaus. Gegen die übrigen Angeklagten wurden geringere Zuchthaus- und Gefängnisstrafen beantragt. Insgesamt wurden beantragt: 39 Jahre und 7 Monate Zuchthaus, 10 Jahre und 9 Monate Gefängnis, 166 500 Mk. Geldstrafe, Einziehung von 2 094 794 Mk. Ueberschüssen und Beschlagnahme der Beschuldigungsgelder in Höhe von 480 780 Mk. — Es gab eine heftige Auseinandersetzung zwischen dem Anklagevertreter und den 14 Verteidigern wegen des Antrages des ersten Staatsanwalts, die Angeklagten, gegen die Zuchthausstrafe beantragt war, sofort in Haft zu nehmen. Das Gericht lehnte den Antrag ab. Das Urteil in diesem Riesenprozeß, das dem Schieber- und Wuchereramt gilt und absehbar wirken soll, ist im Laufe der nächsten Woche zu erwarten.

Kosackische Explosion eines Sprengkorpers. Aus Friedland i. Ostpr. wird berichtet: Durch die Explosion eines Sprengkorpers, den italienische Arbeiter gefunden hatten, wurden 9 Arbeiter getötet.

Schweres Eisenbahnunglück in Dänen. Donnerstag nachmittag fuhr der Personenzug Neu-Dänen in das Bahnhofsgebäude Dänen hinein. Zwei Wagen 4. Klasse wurden in einander gestoßen und fast zertrümmert. Bisher sind 6 Tote, 3 Schwerverletzte und gegen 80 Leichtverletzte geborgen.

Ein polnischer Dampfer infolge Eisganges gesunken. Der Dampfer 'Kraon', der polnischen Reederei Garmacia, der mit einer Ladung von Kohlen und Koks auf der Route von Weichselkopf nach Helfingsfors fuhr, ist, wie die Danziger Nachrichten melden, am 7. d. Mts. in unmittelbarer Nähe von Narbus im schweren Eise festgeklieben. Da die Lage des Schiffes nicht zu ändern war und das Schiff sich in Seenot befand, mußte die ganze Beladung noch am demselben Tage des Schiffes verlassen und an Land gehen. Der Dampfer ist nunmehr untergegangen.

Katastrophale Preissteigerung in Wien. In den letzten Tagen legte eine katastrophale Preissteigerung ein. Butter kostet 3300 Kronen pro Kilo gegenüber 2600 Kronen am Wochenanfang, Fleisch 2100 Kronen, Spatz 2000 Kronen, Kartoffeln 160 Kronen, eine Semmel 30 Kronen. Der Magistrat zeigte die nochmalige Erhöhung des Straßenbahnfahrpreises auf 120 Kronen an.

Neue Kohlenlager in Schwaben. Zwischen Bad Wörthhofen und Stockheim in Schwaben sind umfangreiche Kohlenlager entdeckt worden. Die Fläche sind bis zu 60 Meter tief. Die Qualität ist ausgezeichnet. Demnächst werden Anlagen errichtet, um die Kohlen abzubauen.

Feuer auf einem Heber-Dampfer. Nach dem New-York Herald fuhr der Passagierdampfer 'Northern Pacific' am Cap May Feuer. Die Feuertüte wurden auf andere Schiffe gebracht. Nach einer weiteren Meldung sind bei dem Brande 4 Personen umgekommen.

Allerlei Wissenswertes.

Die Frauenmode als künstlerisches und soziales Problem. Die Frauenmode ist die unbefruchtete Despotin des Erhablen. Untrübe Opfer wurden im Grandjeu der Mode gebracht und die grandiosen Moden erstanden. Wie ein gespenstischer Masten ausziehen die Moden der Mode durch die Jahrhunderte an uns vorüber. Weber Gründe der Vernunft, noch geistliche Verbote, noch Bannflüche der christlichen Kirche vermochten der Herrschaft der Mode Einhalt zu tun. Die Frage, wie es kommt, daß die Frau sich selbst ins Netz spannen läßt und der Tyrannin Mode gegenüber nicht den letzten Widerstand wagt, kann vielleicht durch die stärkere Vermehrung der Frauen im Vergleich zu den Männern erklärt werden. Die Frau muß etwas tun, um sich leichter finden zu lassen. Sie will dem Anreiz der Natur etwas nachhelfen. Im Wechselspiel von Reizen, Verleiden und Verhüllen der Schönheit ihres Körpers meistert sie die geheime Sprache ihres Geschlechts. Die Sprache, die die Kleidung redet, darf keineswegs allzu schlicht sein, wenn sie ihren Zweck erfüllen soll, sondern auch in die Augen fallen wie die verführerischen Plakate einer Anschlagtafel. Der Frau ist durch die Kleidung Gelegenheit gegeben, ihre Vorzüge zur Geltung zu bringen. Das Kleid der Frau kann von Geist und Geschmack zeugen, aber auch nur fragen: Kate mal, was das gefollet hat? Jedenfalls muß es auffallen sein. Am auffallendsten aber ist das Neue. Die Erotik spielt eine große Rolle auf dem Gebiete der Mode. Es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß es die Absicht der Mode ist, den Körper in seiner natür-

lichen Schönheit zur Geltung zu bringen. Weit häufiger kommt ein Umkleien des Körpers in Frage, ein Umkleien-Langeziehen (Schleppe, hohes Haar und Hutzucht), ein Zusammenknüpfen (Korsett) usw. Die Körperform kommt schließlich für die Mode für der Mode überhaupt nicht mehr in Frage. Die Tracht gleicht, wie ein Saliziter sagt, einer Fassade, hinter der sich möglichst weite eine romantische Natur verbirgt. Die Mode ist nicht nur der Ausdruck einzelner Persönlichkeiten, sondern ein Spiegel der Kulturgeschichte ganzer Epochen und aufs innigste mit der Entwicklung der Menschheit verknüpft. Auf dem vom König Ludwig XIV. ausgehenden Brand, der auch in der Kleidung zur Geltung kam, folgte zum Beispiel im Zeitalter der französischen Revolution eine völlige Umwandlung, die Rückkehr zu antiken Formen. Die Mode ist auch ein soziales Problem. Wir sehen die Unterschiede zwischen hoch und niedrig, arm und reich, aristokratisch und demokratisch. In den Kleidervorlieben des Mittelalters kam dies besonders prägnant zum Ausdruck. Das 19. Jahrhundert räumte wohl äußerlich mit den Standesunterschieden auf, in Wirklichkeit blieben sie bestehen, weil nur die Reichen der besthenden Schichten stets das Neue bringen konnten und die übrigen Frauen in dem Wettlauf der Mode nachhinken. Die verhältnismäßige Bezahlung des Mannes von der Mode hat keine Kräfte für andere Zwecke frei gemacht. Auch die Frau, die jetzt ihre Gleichberechtigung erlangen hat, wird, wenn sie sich im politischen, sozialen und künstlerischen Leben betätigen soll, sich nicht mehr so ausschließlich der Mode widmen können, wie dies bei den begüterten Frauen der guten alten Zeit der Fall war. Sie will nicht mehr in erster Linie als begehrenswertes Weib, sondern als Mensch bemerkt sein. Bei der Veranlagung der Frau ist es indes ausgeschlossen, und auch gar nicht wünschenswert, daß die Uniformierung der Kleidung zu der gleichen Langeweile der Tracht führt wie beim Mann.

Schutz der Natur. Durch Anordnung der zuständigen preussischen Minister ist der Rinderzucht-Naturpark in den Kreisen Soltau und Wismar in einem Maße von 200 Quadratkilometer oder 3/4 Quadratkilometer (aus einer Fläche von 14 Kilometer im Quadrat entspricht) als Naturparkgebiet im Sinne des Preussischen Gesetzes vom 8. Juli 1920 anerkannt und damit auf eine offizielles geschützte Grundlage gestellt worden. Zugleich hat der Regierungsrat in Rinderzucht durch Schutzverordnung angeordnet, daß Heideflächen nur mit behördlicher Genehmigung verändert oder über die seit Jahrhunderten übliche Schaf- und Viehweidwirtschaft hinaus genutzt werden dürfen. Damit sind auch diejenigen Heidegebiete, die sich noch im Privatbesitz befinden, dem Schutz der Natur unterworfen. Die Bewirtschaftung der bestehenden Naturflächen unterliegt keinerlei Beschränkung. In dem ganzen Naturparkgebiet sind gewisse Tierarten, insbesondere alle Vögel, mit Ausnahme von Wildschweinen, Hasen, Rebhühnern und Enten, strengstens geschützt. Andere Tierarten können durch Eintragung in das Verzeichnis der Naturdenkmäler oder bei jagdbaren Tieren durch Anordnung des Regierungsrates unter Schutz gestellt werden. Außerdem Schutz genießen ferner: Maggler, Schwämme und die aus der Gasse stammenden Krüppelbäume, sowie alle Pflanzen, die in das Verzeichnis der Naturdenkmäler eingetragen sind. Gesteine gilt für bemerkenswerte Normationen, wie Normen, Gneissmassen, Dünen, stratigraphische Mäule und Wasserläufe. Endlich ist durch eine Bewirtschaftungsverordnung verboten, durch Kaufen irgend-einer Art in die natürliche Entwicklung des freien Geländes einzugreifen oder innerhalb der wenigen Orläufen das Erds- und Landschaftsbild zu beeinträchtigen. Um die staatlichen und privaten Interessen des Natur- und Heimatlandes in Einklang zu bringen, wird ein Beirat gebildet, dessen Aufgabe es ist, sich über alle, den Naturpark betreffenden Fragen gutachtlich zu äußern. Der Beirat besteht aus Vertretern der Provinz Hannover, der beteiligten Kreise und Gemeindeführer sowie des Vereins Naturpark e. V. in Stralitz. Die staatlichen Behörden und benachbarten Länder können sich durch Kommissare beteiligen. Damit ist der Wunsch aller Freunde der Natur, nach nordamerikanischen, schwedischen und schweizerischen Vorbild ein großes charakteristisches Bild Norddeutschlands zu erhalten, die Liebe zur Natur und zur Heimat zu stärken und Hunderttausenden Erholung und Erhebung zu bieten, erreicht. Der Ausbau im einzelnen und die wissenschaftliche Durchforschung bleibt den nächsten Jahren vorbehalten.

Neue Bücher.

Philosophiebüchlein. Ein Taschenbuch für Freunde der Philosophie. Herausgegeben von Dr. August Hermann. Mit Beiträgen von Prof. Dr. Arthur Dierker, Privatdozent Dr. Oskar Röhmann und Dr. Peter Hoff. 1. Band. Preis geb. 9,00 Mk. Franzische Verlagsgesellschaft, Stuttgart. Das Büchlein führt den Lesern die Hauptprobleme und die wichtigsten Erfindungen des gesamten Denkens der Menschheit an. Es führt seine Leser in allen geistigen Lagern, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, und ist aus diesem Grunde möglichst abwechslungsreich gehalten.

Hans Baasch. Ich lebe aus Wirtin von Magens Schwanz. Preis 1 Mk. Verlag Neues Vaterland, Berlin. Baasch wurde durch realistische Wirtin im Mai 1921 auf seiner Besichtigung in der Kammart erschossen, ohne daß die Wirtin zu diesem Verbrechen gefaßt werden konnte. Mit Baasch wurde ein Mann gefaßt, den nur edle Motive zwangen, gegen Militarismus und die verlogene Gesellschaft aufzutreten. Baasch war in mancher Hinsicht ein Schopenhauer, aber trotz alledem ein Mann, dem am Leben und Glück der Menschen mehr lag als an dem Genuß seiner Standesgenossen im Offiziersklub. Deshalb wurde er erschossen. Die Schrift ist notwendig für jeden, der der Gesellschaft über Baasch etwas sagen will.

Die neue Reihe des Regens Luanga Muzara. Von Hans Baasch. Verlag: Junge Menschen, Hamburg. Der Verfasser zeichnet hier eine Serie über sogenannte Kulturzustände, zu dem Zweck, die Menschen wieder auf natürlichere Bahnen zu weisen. Der ehemalige Kapitänleutnant hatte sich selbst lange in den Tropenländern aufgehalten und kannte die Sitten der Eingeborenen. Er stellt sie in Vergleich zu den Kulturzuständen der weißen Bevölkerung. Er zeigt und überzieht diese mit heutigem Spott, um das Ganze im Großen zu brandmarken. Die Briefe des Regens Luanga Muzara berichten viel Freude und regen zum Nachdenken an.

Geschäftliches.

Die Gedanken-Buchhandlung im Sudenbrookhause, Mecklenburg, gebraucht man Ende Februar eröffnen zu können. Das soll mit einer kleinen Feste gefeiert, zu der auch Thomas Mann erwartet wird.

Rad-So Kulturmittel
Radiofon
für werdende und stehende Mütter. Tausende und aber tausende dankbarer Anerkennungen. Prospekt gratis. Ausführliche Broschüre über Mutterschaft, Kinderpflege usw. 2.- Mk.
Rad-So-Verland-Gesellschaft
Hamburg Radiofonhof

Ich habe heute gebettelt . . .
Von K. M. de Jong.
Und es ist mir nicht erspart geblieben . . .
Ich bin hinabgesunken. Ich habe heute ge-bet-telt . . .
Oh! . . . Ich mußte ja nicht, daß es so gemein sein könnte . . .
So gemein und so schwer . . .
Ich mußte nicht, daß ein Körperteil so viel eigene Kraft besitzt, wenn er dem treibenden Willen zu widerstehen wünscht . . . Nur mit der äußersten Anstrengung konnte ich meine Hand dazu bringen, sich auszustrecken . . . Es war, als söge ein Hantengewicht sie unerbittlich abwärts . . .
O, diesen Zug zur Waterloo-Brücke werde ich nitamer mehr vergessen. Das kleine, schmutzige, gut abgerichtete Händchen zog mich fort, wies mir den Weg um die Strahnenenden, ließ immer wieder nach mir umschauend, wartend, wenn das Strahnengetriebe zu stark war, mit zührender Besorgnis sich an meine Beine schmiegend, um mich zu bedeuten, daß ich stehen bleiben oder zurücktreten sollte . . . Ich mußte seinen Willen tun, und in einem gegebenen Augenblick, da ich meine Rolle vergaß und quer über eine belebte Straße schreiten wollte, sprang es kläffend an mir empor und geriet mit wütenden Rufen an meinen Hosenbeinen, um mich von meinem leichtfertigen Vorhaben abzubringen . . . Er ist nicht mehr von mir wegzubringen. Er sitzt neben mir und läuft dicht vor meinen Füßen, überall, wo ich gehe, selbst hier im Zimmer, und ich glaube, daß er mir auf Schritt und Tritt folgt, um zu sehen, ob dem armen, blinden Tropf, den er in seine treue Hut genommen hat, nichts im Weg liegt, über das er krameln könnte . . .
Dieses kleine, ungeheuer schneuliches Geschöpfchen . . . du erkennst mich in deiner unbewußten Seelenähnlichkeit an ein Weib, das ich einst kannte . . . Es ist lange her, daß ich noch ein ehelicher Mann war . . . Du schaust mich an, Bobby . . . du willst sagen: 'was ist ein Blinder mit solch einem Ding?' he? und: 'wo ist deine schwarze Brille?' Das verstehst du nicht, Bobby . . . du hältst mich für einen armen, gebrechlichen Tropf, aber, Bobby, ich bin nur feig und gemein, mein Händchen . . . Stehst du, das kennst du eben nicht. Aber ich sollte fort von hier und lieber erstickern und verhungern, als hier Fleisch und Suppe essen und Grog trinken, wie ich es tue . . . Aber das kann ich nicht mehr, Bobby . . . Ich bin krank und vor allen Dingen: ich bin fies! . . . Ich wage es nicht mehr . . .

Du winterst mit den Augen, du glaubst mir nicht . . . Du sagst, daß ich wirklich blind sei und mir die Geschichte nicht so sehr zu Herzen nehmen solle . . . daß du mich auf der Straße und sonst überall schon an den richtigen Ort führen würdest. Aber du weißt nicht, Bobby, daß ich nicht mehr an den richtigen Ort zu führen bin . . . Du bist darauf bedacht, daß meine Füsse nicht in den Schmutz treten, aber Bobby, armes, kleines Angehener, du weißt nicht, daß mir der Schmutz schon über dem Kopfe zusammengefallen ist und daß selbst meine Seele völlig mit Schmutz bedeckt ist . . . Du hilfst mir betteln und du schwänzelst vor den Leuten, die mir etwas geben, aber du weißt nicht, daß ich feige . . . Nicht wahr, Bobby, wenn du wüßtest, daß ich wirklich feige, möchtest du nicht mit mir . . . wenn du wüßtest, daß ich dich und die Menschen betrüge, würdest du böse sein, und du würdest mich heißen . . . nicht wahr, schmutziges, halb lahmes Händchen, das täuscht du? . . . Aber ich weiß dies alles sehr gut, und, Bobby, ich kette dermaßen . . . Es feig, so niedrig, so gemein sind wir, Bobby, daß wir dies fortwährend tun können . . .
Du springst mir an die Knie und reißt deine kleine, haarige Schnauze an meinem Arm . . . Geschlecht das, um mich zu trösten? Um mir zu sagen, daß du es doch nicht glaubst? . . . Es ist gut, hörst du, es ist gut. Ich will nichts mehr sagen . . . An deinem unantastbaren Hundeventreuen pressen sie doch alle Bekanntschaft ab . . . Glücklicherweise . . . denn wenn du mir glaubst, und du ließt verdrießlich von mir weg, Bobby, dann wäre das Herrschen ganz allein . . . Ich fange an, dich zu lieben, kleines, rändiges Guter . . . Bedenke: ich habe keinen einzigen Freund . . . kein Weib . . . nichts! . . . Ich habe nur dich, und alle Resten von Liebe, die ich in meinem betraute erlöschenden Herzen noch zusammenraffen kann, will ich dir weihen . . .
So, komm nur auf meine Knie . . . Ich kann ja so auch schreiben . . . Gut so, hier und dein Köpfchen unter meine Jacke . . . ganz recht, hier, hier, hörst du wohl, wie es da klopft? . . . Da ist mein Herz, Bobby . . . Höre gut, was es dir erzählt und was ich nicht mehr erzählen kann . . . Hörst du, wie langsam es schlägt, mit schweren Schlägen, mit schweren . . . kramhaften Schlägen? . . . Es ist ein Menschenherz, Bobby . . .
(Aus dem im Vorwärts-Verlag erschienenen ergreifenden Lebensfragment 'Narzoga' des holländischen Dichters K. M. de Jong. Deutsch von Georg Gärtner.)

MAGGI Würze

Man verlange ausdrücklich **MAGGI Würze**.

hilft in der Küche sparen.

Reine Suppen und Fleischbrühe, Gemüse und Soßen erhalten sofort kräftigen Wohlgeschmack durch Zusatz einiger Tropfen **MAGGI Würze**.

Vorteilhaftester Bezug in plombierten Originalflaschen Nr. 6.



12949

Emser
Quellsalz
z. Gurgeln & Katarrhen

Ad. Kühner Uhrmacher
Friedrichstr. 13.
Uhr- u. Goldwaren- u. Reparaturwerkst. (12948)

Ausgabe von Gutscheinen

Das Wohlfahrtsamt gibt noch einen beträchtlichen Vorrat von Kartoffeln und Feuerung ab an einzelne Gruppen der minderbemittelten Bevölkerung und zwar:

- 1. An Schwerkrriegsbeschädigte**, die für Angehörige zu sorgen haben, deren Einkommen wesentlich hinter dem Durchschnitts-Arbeitsverdienst zurückbleibt. in Zimmer 18
- 2. An Kriegshinterbliebene**, die außer ihrer Rente kein Einkommen haben und sich in besonders bedrückter Lage befinden (somit im Januar oder Februar Gutscheine noch nicht erhalten haben). in Zimmer 28
- 3. An arbeitslose Familien** mit mindestens 4 unterhaltsbedürftigen Kindern, die durch Krankheit oder sonstige Umstände in besondere Not geraten sind. in Zimmer 28
- 4. An Rentner**, die einen eigenen Haushalt haben, erwerbsunfähig sind, ein Jahreseinkommen unter 3000.- Mk. haben und keine Armenunterstützung beziehen (somit im Januar oder Februar Gutscheine noch nicht erhalten haben). in Zimmer 6

Jede empfangsberechtigte Person kann erhalten 1 Zentner Kartoffeln Mk. 50.-
Sols (bis zu 2 Zentnern), den Str. Mk. 25.-
Driftens (bis zu 2 Zentnern), den Zentner für Mk. 25.-
für Lieferung ins Haus ist Mk. 3.- für den Zentner mehr zu zahlen.

Die Ausgabe erfolgt im Wohlfahrtsamt, Untertrape 104, nur gegen Vorzahung für Personen, deren Familienname beginnt mit dem Buchstaben:

A, C, D, E.	Montag	den 18. Febr. 1922
B, F, G.	Dienstag	den 19. Febr. 1922
H, J, K.	Mittwoch	den 20. Febr. 1922
L, M, N.	Donnerstag	den 21. Febr. 1922
O, P, Q, R.	Freitag	den 22. Febr. 1922
S, T, U.	Montag	den 23. Febr. 1922
V, W, X, Y, Z.	Dienstag	den 24. Febr. 1922

Der Zeit von 3 1/2—5 1/2 Uhr nachmittags.

Vorzulegen ist von allen Antragstellern: Lebensmittelausweis, Einkommensnachweis. (12975)
Lübeck, den 10. Februar 1922.

Das Wohlfahrtsamt.

Rückzahlung von Einkommensteuer für 1920.

Diejenigen Steuerpflichtigen, denen gemäß Veranlagung ungenutzte Beträge an der Finanzkasse für 1920 zurückbezahlt werden sollen, werden aufgefordert, die am Steuerbescheid befindliche Quittung unter schriftlich vollzogener Veranlagung einzufenden und gleichzeitig auf der Quittung anzugeben, an welche Bank der Betrag überwiesen werden soll. Die Überweisung an die Bank erfolgt kostenlos. Bei Überweisung der Beträge mittelbar an die Empfänger durch die Post wird das Porto hierfür abgezogen.

Lübeck, den 10. Februar 1922. (12948)

Das Finanzamt.

Ladenhaus auf dem Holstentorplatz.

Der an der Bahnhofstraße zwischen dem alten Bahnhofgebäude und der Straße zur der Wallbahn gelegene Platz soll für die Errichtung eines Ladenhauses vermietet werden.

Reflexanten wollen bis zum Bureau — Marktstraße 18, Zimmer Nr. 6 — melden.
24. Febr. 12. Februar 1922. (12957)

Die Finanzbehörde.

Abteilung für Steuer und Verz.

Gericht abends einschließlich nach Schermer Verles man lieber Mann, unter guter Saure, Schmecker und Grobger, Struber und Schwager

John Baar
im 63. Lebensjahre. In unser Brauer
Maria Baar
geb. Frank und Angehörige
24. Febr. 1922, Friedhofstraße 18, b. 10. Februar 1922.
Verdingung am Samstag, 24. Februar, von der Spitze des Bornwitzer Friedh. aus. (12952)

Verkauf 1. März
Reinhold
Lübeck, Markt 13.
In der 2. Stadtkammer
1922

Nachruf.
Nach dem Krankheitsverlauf verchied unter Kollegen der Arbeiter
Otto Beyer,
Schluter.
Wiederher sein Andenken im Geden halten.
Verdingung am Sonntag, 12. Februar, mittags 1 Uhr im Sälzhaus. (12968)
Arbeitschaft des Kochhaus
Lübeck A-G.

Verdingung am Sonntag, 12. Februar, mittags 1 Uhr im Sälzhaus. (12969)
In der 2. Stadtkammer
1922

3 Tüchtige Rummeln

Sie teilweise, um die Vorteile auszunutzen, die Ihnen geboten werden bei

Robert Jentzen

50 Hüxstraße 50

Leder- und Schuhmacherbedarfs-Artikel
Spez.: Gummi-Sohlen und -Absätze
Reform-Schuhreparatur und Stepperei-Großbetrieb
Telephon 2878.

Buddenbrook-Buchhandlung

Eröffnung Ende Februar.

Familie Koop.
2 fast neue graue Sohlen, 5 n. B. 25.- Mk. (12909) Danmarks-Str. 48 n.

Eine Reibbetstift u. Regentst. n. perf. (12923) Glödenstr. 23-1

M. Schlüter, ungenutzte, 3. perf. (12954) Marktstraße 107.

1 Paar Ofen, 2 Paar Sängellampen u. v. (12967) Meierstr. 7.

R. n. Derrnholz, Nachruf: Baitot was kräftig u. pf. (12972) Dornstr. 6

1 Stube zu verkaufen, die am 10. 4. kammt. (12978) Siegelstr. 102.

Wer gibt Kettenschlüssel, Gerren ab? Ding. mit W & a. b. Gp. (12979)

St. Maeston, b. 4. v. (12957) Brauerei 42 b.

Heizl. Sonntagdienst, Markt, Markt 18, Nr. 108, Rönnestr. 10, St. Niemann, Sch. 117

Zeitraasmarken

fertigt an u. liefert prompt, preiswert und in jeder Ausführung

Buchdruckerei Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Ein Beweis

meiner Leistungsfähigkeit ist der im Schaufenster Mühlensstraße 48 ausgestellte

Hotel-Wärmehaube

In eigener Schlosserei angefertigt.

Adolf Borgfeldt

Abteilung IV. (12994)

SATYRIN (gold u. silber)

Das neuen Hormon-Präparat für Männer und Frauen, vermittelt schnelle und nachhaltige Steigerung der Energie, insbesondere der Nerven- u. Sexualkräfte.

Depot: St. Lorenz-Apothek, Lübeck.
Zahlreiche Anerkennungen. Originalpackung Mk. 30.- (12589)
Akt.-Ges. Hormona, Düsseldorf-Grafenberg.

Haare

aus
E. Mittelstädt,
Lübeck, Markt 13.
(12965) Telephon 3714

Tücher
Bosch, Markt 13, Fern 2878

Nutzstoffe

Einige Stücke sind noch billig abzugeben. (12958)
Kloppstr. 35, p. 1.

Noch ist es Zeit!

Ich bitte einzudecken, da ich noch große Bestände in allen Abteilungen zu günstigen Abschläffen habe.

Konfirmanten-Anzüge
395.—, 495.—, 595.—

Herren-Anzüge
495.—, 595.—, 795.—

Herren-Gürtel 4.95, 6.95, 9.00

Damenstrümpfe, engl. lang
10.95, 14.95, 15.95

Korsetts 27.—, 35.—, 42.50

Bestr. engl. Lederhosen
139.—

do. Westen 59.50

Bestr. Dreihosen N. W. 55.—

Kinder- u. Herren-Wäsche, sowie Kleiderstoffe für die Konfirmation noch enorm billig bei (12 78)

Johannes Holst

Markt 6. Lübeck Rohmarkt 6.

Gemeinnützige Arbeitsgenossenschaft

e. G. m. b. H. (12977)

Fernr. 3423 Lübeck Mengstr. 28

eröffnet sich zur Ausführung von Erd-, Maurer-, Zimmerer-, Klempner-, Dachdecker- und Asphaltarbeiten, Tischler-, Maler- u. Anstreicherarbeiten sowie Übernahme ganzer Gebäude in General-Untersuchung. Anfertigung v. Zeichnungen, statischen Berechnungen und Kostenanschlägen.

Impressen

Färben - Panamawäsche - Reinigen

Die neuesten, modernen Formen für Frühjahr und Sommer sind vollzählig einetroffen.

Erstklassige Arbeit. Schnelle Lieferung. Solide Preise.

Richard Mevius

Stroh- und Filzhut-Fabrik „HANSA“ (12908)
Fleischhauerstr. 60, gegenüber der Ortskrankenkasse

Privat-Handelsschule G. G. G. G.

Jahreskurse, Halbjahreskurse, Einzelkurse (Buchführung, Rechnen usw.) (12952)
Englisch - Französisch - Schwedisch.

Billige Feurung!

10000 Zentner
Buchen-Stubbenholz

sehr heizkräftig und trocken

Mk. 15.- pro Zentner

Verkauf nur ab Lager Geiner Ufer, Kofswert bei der Gadanstalt.

Posschl's Kohlenhandel

Die höchsten Tagespreise für Lumpen, Eisen, Metalle, Papier, Felle usw. erhalten Sie bei (12941)

Selig L. Cohn,

Wahlstraße 42. Telephon 2153.

Glas

alter Art, Kitt, Glasschneider, Bilderleisten etc. (12912)
Oscar Tauchnitz, Glashd., Fleischhauerstr. 35 F. 2808

Arbeiter

kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (12845)

Otto Albers

Markt 4 Kobl. 10

Paul Levi:
Unser Weg.
Wider den Büttchismus 4 Mark.
Buchhandlung
Fr. Kener & Co.,
Johannisstraße 46.

Felle

Marder, Jiffie, Fühle, Hasen, Kaninchen usw. (12817)
kauft zu höchsten Tagespreisen

Isaac Frankenthal

Lübeck, Berkegrube 53.
Fernsprecher 8641.
Sonnabds. gechl.
Butte genau die Adresse zu beachten.

Achtung,
Sparklubs!
Sparkassen-Bücher
in übersichtlicher Aufmachung vorrätig in der
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.